



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

Schweizerische Landesregeln für die Ausübung der unabhängigen Vermögensverwaltung

Anhang Ia zum Reglement für die Selbstregulierungsorganisation

Code suisse de conduite relatif à l'exercice de la profession de gérant de fortune indépendant

Annexe Ib au Règlement pour l'organisme d'autoréglementation

Codice deontologico svizzero per l'esercizio della gestione indipendente di patrimoni

Allegato Ic al Regolamento per l'organismo di autodisciplina

Dokumenteigenschaften

Entscheidungsträger	Vorstand
Genehmigung FINMA	Genehmigt am 27. April 2009
Stand	Definitiv
Inkrafttreten	1. Oktober 2009

Inhaltsverzeichnis

SCHWEIZERISCHE STANDESREGELN FÜR DIE AUSÜBUNG DER UNABHÄNGIGEN VERMÖGENSVERWALTUNG	4
Art. 1	Präambel 4
Art. 2	Geltungsbereich 5
Art. 3	Unabhängigkeit der Vermögensverwaltung 5
Art. 4	Wahrung und Förderung der Marktintegrität 6
Art. 5	Gewähr für ein einwandfreie Geschäftsführung 8
Art. 6	Informationspflicht 11
Art. 7	Vermögensverwaltungsvertrag 13
Art. 8	Verschwiegenheit 15
Art. 9	Unerlaubte Anlagegeschäfte 16
Art. 10	Nachrichtenlose Vermögen 17
Anhang A:	Im schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrag zu regelnde Punkte 19
Anhang B:	Anlageinstrumente bei Vermögensverwaltung nach freiem Ermessen 21
CODE SUISSE DE CONDUITE RELATIF À L'EXERCICE DE LA PROFESSION DE GÉRANT DE FORTUNE INDÉPENDANT.....	24
Art. 1	Préambule 24
Art. 2	Champ d'application 25
Art. 3	Indépendance de la gestion de fortune 25
Art. 4	Préservation et promotion de l'intégrité du marché 27
Art. 5	Garantie d'une gestion irréprochable des activités 28
Art. 6	Obligation d'informer 31
Art. 7	Contrat de gestion de fortune 33
Art. 8	Confidentialité 35
Art. 9	Opérations de dépôt illicites 36
Art. 10	Avoirs sans nouvelles 37
Annexe A:	Points à régler dans le contrat écrit de gestion de fortune 39
Annexe B:	Instruments de placement en cas de gestion de fortune discrétionnaire 41
CODICE DEONTOLOGICO SVIZZERO PER L'ESERCIZIO DELLA GESTIONE INDIPENDENTE DI PATRIMONI.....	44
Art. 1	Preambolo 44
Art. 2	Campo d'applicazione 45

Art. 3	Indipendenza della gestione di patrimoni	45
Art. 4	Tutela e promozione dell'integrità del mercato	46
Art. 5	Garanzia di un'attività irreprensibile	48
Art. 6	Obbligo d'informazione	51
Art. 7	Contratto di gestione patrimoniale	53
Art. 8	Riservatezza	55
Art. 9	Operazioni d'investimento non autorizzate	56
Art. 10	Averi senza notizie	56
Allegato A:	Aspetti da regolamentare nel contratto di gestione patrimoniale in forma scritta	58
Allegato B:	Strumenti d'investimento nel caso di gestione patrimoniale discrezionale	60

Schweizerische Landesregeln für die Ausübung der unabhängigen Vermögensverwaltung

Art. 1 Präambel

- Im Bestreben, das Ansehen des Berufsstandes der schweizerischen unabhängigen Vermögensverwalter im In- und Ausland zu wahren und zu mehren,
- im Willen, einen wirkungsvollen Beitrag zum Schutz der Anleger
- und zum Funktionieren integrierter Finanzmärkte zu leisten,
- in der Absicht, einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung zu leisten,

erlässt der Verband Schweizerischer Vermögensverwalter (VSV) als der mit der Wahrung der Interessen und des Ansehens des Berufsstandes betraute Branchenverband die nachfolgenden Landesregeln.

Die Landesregeln ändern an der Pflicht zur Verschwiegenheit nichts. Sie können und wollen nicht

- die ausländischen Devisen-, Fiskal- und Wirtschaftsgesetzgebung gleichsam zum Bestandteil des schweizerischen Rechts erheben und für die unabhängigen Vermögensverwalter beachtlich erklären (soweit dies nicht durch die geltenden Staatsverträge und die schweizerische Gesetzgebung bereits erfolgt ist);
- die gegenwärtige Gerichtspraxis auf dem Gebiet des internationalen Rechts unterlaufen;
- bestehende zivilrechtliche Verhältnisse zwischen den Mitgliedern und Kunden ändern.

In diesen Landesregeln sind geltende Regeln einer den guten Sitten entsprechenden Geschäftsführung verbindlich festgelegt.

Sie sollen die fachlichen Grundsätze für die Ausübung der unabhängigen Vermögensverwaltung im Sinne einer Handelsübung regeln.

Diese Landesregeln sind von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) als Verhaltensregeln im Sinne von Art. 6 KKV anerkannt. Effekthändler und Vermögensverwalter von kollektiven Kapitalanlagen können die Landesregeln als von der FINMA anerkannten Mindeststandard der Selbstregulierung im Rahmen der individuellen Vermögensverwaltung anwenden.

Art. 2 Geltungsbereich

Die Geltung dieser Landesregeln für die Mitglieder des Verband Schweizerischer Vermögensverwalter (VSV) bestimmt sich nach den Verbandsstatuten.

Für Verbandsmitglieder unter staatlicher Aufsicht gelten diese Landesregeln, sofern und soweit die auf sie anwendbaren Gesetze oder ihre Aufsichtsbehörde keine weitergehenden Verpflichtungen festlegen.

Beziehen sich nicht dem Verband Schweizerischer Vermögensverwalter (VSV) angeschlossene Vermögensverwalter auf diese Landesregeln, so sind dieselben einzuhalten. Ihre Einhaltung muss einem angemessenen Kontroll- und Sanktionssystem unterliegen. Im Übrigen sind diese Vermögensverwalter nicht befugt, sich in irgendeiner Weise dem VSV zugehörig oder angeschossen zu bezeichnen.

In sachlicher Hinsicht geltend diese Landesregeln für die Erbringung von Finanzdienstleistungen, namentlich für Vermögensverwaltung, Anlageberatung, Finanzplanung.

Art. 3 Unabhängigkeit der Vermögensverwaltung

Der unabhängige Vermögensverwalter übt seinen Beruf frei und eigenverantwortlich aus. In seiner beruflichen Tätigkeit bekennt er sich zu seiner Aufgabe als Berater des Kunden in allen Geld- und Vermögensfragen. Er ist sich hierbei stets der Verantwortung bewusst, dass sein Wirken für die wirtschaftliche Existenz des von ihm betreuten Kunden von entscheidender Bedeutung sein kann.

Der unabhängige Vermögensverwalter wahrt die Interessen seiner Kunden nach Massgabe dieser Landesregeln.

Ausführungsbestimmungen:

1. Als unabhängig gelten Vermögensverwalter, welche im Rahmen der Dienstleistungserbringung ihre Anlagen sowie die Anlagepolitik mit ihren Kunden frei bestimmen können. Dies auch dann, wenn ein Dritter eine Mehrheitsbeteiligung hält. Unter Vorbehalt von transparenten Kooperationen unter Gruppengesellschaften im Kundeninteresse, dürfen unabhängige Vermögensverwalter beim Angebot ihrer Dienstleistungen und Finanzprodukte nicht an Exklusivitätsverpflichtungen gebunden sein.
2. Die Unabhängigkeit der Vermögensverwaltung erfordert, dass
 - Transaktionen im Interesse des Kunden erfolgen und insbesondere kein Churning betrieben wird;
 - Geschäfte, bei denen die eigenen Interessen des Vermögensverwalters mit den Interessen des Kunden in Konflikt stehen, so geführt werden, dass eine Benachteiligung des Kunden ausgeschlossen ist;

- der Vermögensverwalter seiner Grösse und Struktur angemessene organisatorische Vorkehren zur Vermeidung von Interessenkonflikten trifft, insbesondere durch Funktionstrennung, interne Informationssperren und andere Massnahmen, namentlich bei der Salarierung von mit der Vermögensverwaltung betrauten Personen im Anstellungsverhältnis;
 - den Kunden Interessenkonflikte, die nicht durch angemessene organisatorische Massnahmen vermieden werden können, offen gelegt werden.
3. Der Vermögensverwalter erlässt für Eigengeschäfte des Vermögensverwalters und seiner Mitarbeitenden, die von geplanten oder getätigten Transaktionen für Rechnung von Kunden Kenntnis haben, geeignete Weisungen zur Verhinderung der Erlangung von Vermögensvorteilen durch missbräuchliches Verhalten (vgl. Ausführungsbestimmung Nr. 9). Er kann dabei Transaktionen, die aufgrund ihres Volumens von vornherein nicht kurssensitiv sind, generell erlauben.
 4. Der Vermögensverwalter empfiehlt seinen Kunden Banken und Effektenhändler, die Gewähr für eine insgesamt bestmögliche Erfüllung in preismässiger, zeitlicher und quantitativer Hinsicht bieten („best execution“), und eine ausreichende Bonität aufweisen.
 5. Die Unabhängigkeit der Vermögensverwaltung erfordert weiter, dass
 - bei Geschäften, die Spezialkenntnisse erfordern, der Rat von Spezialisten beizuziehen ist;
 - die gesamte Vermögenssituation des Kunden einbezogen wird, um ihn somit bei der Wahl der Anlagepolitik gebührend zu beraten.

Will ein Kunde keine Angaben über seine gesamte Vermögenssituation machen, so ist in geeigneter Weise über allfällige daraus resultierende besondere Risiken aufzuklären. Art. 6 findet sinngemässe Anwendung.

Art. 4 Wahrung und Förderung der Marktintegrität

Der unabhängige Vermögensverwalter anerkennt die Wichtigkeit der Integrität und Transparenz der Finanzmärkte. Er verhält sich als Marktteilnehmer nach Treu und Glauben und unterlässt Handlungen, die eine transparente und marktkonforme Preisbildung beeinträchtigen. Er führt keine Anlagegeschäfte und Tätigkeiten aus, die eine unstatthafte Manipulation von Kursen bewirken.

Ausführungsbestimmungen:

6. Effektenhandelsaufträge des Vermögensverwalters haben aufgrund von allgemein zugänglichen oder veröffentlichten Informationen oder daraus abgeleiteten Informationen zu erfolgen. Alle anderen Informa-

tionen sind als vertraulich anzusehen. Das Ausnützen von vertraulichen preissensitiven Informationen ist unzulässig.

Dabei gelten Informationen als

preissensitiv, wenn sie geeignet sind, den Börsenpreis oder die Bewertung der betreffenden Effekten erheblich zu beeinflussen;

allgemein zugänglich, wenn sie in den Medien oder auf den in der Finanzbranche üblichen Informationsquellen veröffentlicht werden;

veröffentlicht, wenn sie vom Emittenten in der Absicht, sie allgemein zugänglich zu machen, Dritten mitgeteilt werden.

7. Der Vermögensverwalter verbreitet preissensitive Informationen nur, wenn er nach Treu und Glauben von deren Richtigkeit überzeugt ist.

Vermögensverwalter, die regelmässig Finanzanalysen, Anlage- und Finanzempfehlungen mit Bezug auf bestimmte Effekten veröffentlichen, tätigen vom Beginn der Ausarbeitung einer zur Veröffentlichung bestimmten Finanzanalyse, Anlage- und Finanzempfehlungen bis zu deren Veröffentlichung weder für eigene Rechnung noch für Rechnung von Kunden, deren Vermögenswerte mit Ermessen verwaltet werden, Transaktionen in den betroffenen Effekten (einschliesslich Derivaten darauf).

Als Finanzanalysen, Anlage- und Finanzempfehlungen gelten Veröffentlichungen, in welchen Transaktionen in bestimmten Effekten aufgrund der Beobachtung und Auswertung von Unternehmensdaten und – informationen über einen bestimmten Emittenten empfohlen werden. Nicht als Finanzanalysen gelten Veröffentlichungen, die auf rein charttechnischen Analysen beruhen oder sich nicht auf bestimmte Emittenten, sondern auf Branchen bzw. Länder beziehen.

8. Das Ausnützen von Kundenaufträgen zu vorgängigen, parallelen oder unmittelbar daran anschliessenden gleichartigen Eigengeschäften („front-, parallel- oder afterrunning“) ist nicht erlaubt. Als Kundenaufträge gelten dabei auch Transaktionen, die im Rahmen der Vermögensverwaltung mit Ermessensspielraum werden. Vorbehalten bleibt das ausdrückliche Einverständnis des Kunden.
9. Effektenhandelsaufträge für eigene und fremde Rechnung müssen einen wirtschaftlichen Hintergrund aufweisen und einem echten Angebots- und Nachfrageverhalten entsprechen. Scheingeschäfte, insbesondere solche in der Absicht, Liquidität oder Preise zu verzerren oder zu manipulieren, sind unzulässig.

10. Der Vermögensverwalter weist seine Kunden auf die Pflichten zur Offenlegung von Beteiligungen nach Massgabe des Börsengesetzes hin, sofern und soweit er aufgrund der von ihm verwalteten Vermögenswerte Anhaltspunkte für das Bestehen einer solchen Meldepflicht hat.

Der Vermögensverwalter, der aufgrund von Vermögensverwaltungsaufträgen mit Ermessensspielraum die Stimmrechte für mehrere Kunden ausüben kann, kommt bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen den Meldepflichten nach dem Börsengesetz nach. Bei der Berechnung der Stimmrechte stellt er dabei darauf ab, ob ihm deren Ausübung nach Massgabe der ihm erteilten Vollmacht und des individuellen Vermögensverwaltungsvertrags erlaubt ist.

Koordiniert der Vermögensverwalter das Stimmrechtsverhalten mehrerer Kunden, ohne selbst zu dessen Ausübungen ermächtigt zu sein, nimmt er die Meldepflicht selbständig wahr.

Art. 5 Gewähr für ein einwandfreie Geschäftsführung

Der unabhängige Vermögensverwalter sorgt dafür, dass alle mit der Dienstleistungserbringung betrauten Personen über die notwendigen beruflichen und charakterlichen Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Aufgabe verfügen. Die Mitglieder sind verpflichtet, für eine angemessene Organisation ihrer Geschäftstätigkeit besorgt zu sein.

Der unabhängige Vermögensverwalter führt sein Unternehmen in geordneten finanziellen Verhältnissen.

Der unabhängige Vermögensverwalter sorgt im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit für eine aktive Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung.

Ausführungsbestimmungen:

11. Die Organisation des Vermögensverwalters hat der Grösse seines Geschäftsbetriebs und der von ihm generierten Risiken für die Kunden (verwaltete Vermögen, eingesetzte Anlagestrategien und gewählte Produkte), das reibungslose Funktionieren der Finanzmärkte sowie der guten Reputation des Berufsstandes und des schweizerischen Finanzplatzes angemessen zu sein.

Er stellt sicher, dass die Anlagen dauernd mit den Anlagezielen und –beschränkungen übereinstimmen. Die eingesetzten Anlagestrategien werden periodisch auf ihre Übereinstimmung mit den Anlagezielen der Kunden überprüft. Soweit es die Anlagestrategien erlauben, stellt der Vermögensverwalter sicher, dass eine angemessene Risikoverteilung gewährleistet ist.

12. Der Vermögensverwalter trifft die geeigneten Massnahmen, um den Fortbestand seiner Dienstleistungen gegenüber seinen Kunden sicherzustellen. Falls er intern nicht über einen geeigneten Stellvertreter für den einzigen Vermögensverwalter verfügt, der dessen Tätigkeit bei Todesfall oder bei Arbeitsunfähigkeit

übernehmen kann, so muss er die Weiterführung dessen Tätigkeit durch Einschalten eines anderen Vermögensverwalters oder einer Bank gewährleisten und seine Kunden über die getroffenen Massnahmen informieren.

13. Der Vermögensverwalter übt die Verwaltung bankmässig deponierter Vermögenswerte gestützt auf eine auf Verwaltungshandlungen beschränkte Vollmacht aus.

Ist er mit der Erbringung weiterer Dienstleistungen gegenüber dem Kunden beauftragt, welche die Führung weiterreichender Vollmachten erforderlich machen, so dokumentiert er die Grundlagen und die Ausübung dieser Tätigkeiten entsprechend.

Vorbehalten bleibt die Tätigkeit als Organ von juristischen Personen, rechtlich selbständigen Zweckvermögen (insbesondere Stiftungen) sowie als Trustee.

14. Die Eigenverantwortung des Vermögensverwalters erfordert, dass er sich und die von ihm beschäftigten Personen in allen Bereichen ihrer beruflichen Tätigkeit durch die Teilnahme an Aus- und Fortbildungsseminaren sowie durch Selbststudium ständig weiterbildet. Er beachtet die besonderen Vorschriften zur Ausbildung in den Bereichen der Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung.

15. Der unabhängige Vermögensverwalter untersteht mit Bezug auf die Prävention und die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung den konkreten Vorschriften seiner Aufsichtsbehörde oder anerkannten Selbstregulierungsorganisation.

Für die Aktivmitglieder des VSV mit Anschluss an die Selbstregulierungsorganisation gelten diesbezüglich die Bestimmungen des Reglements zur Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung in seiner jeweils geltenden Fassung.

16. Bei der Beauftragung eines anderen Unternehmens (Dienstleisters) mit der selbständigen, dauernden Wahrnehmung einer für den Vermögensverwalter wesentlichen Dienstleistung (Auslagerung von Geschäftsbereichen, Outsourcing) beachtet der Vermögensverwalter folgende Grundsätze:

- Die Delegation von Dienstleistungen hat im Interesse des Kunden zu erfolgen.
- Der Dienstleister ist sorgfältig auszuwählen, zu instruieren und kontrollieren. Die Auswahl des Dienstleisters hat unter Berücksichtigung und Überprüfung seiner Fähigkeiten zu erfolgen. Der Dienstleister muss Gewähr für eine sichere und dauerhafte Leistungserbringung bieten.
- Die Auslagerung erfolgt immer unter der Verantwortung des Vermögensverwalters.

- Die Wahrung der Verschwiegenheitspflichten sind nach Art. 8 und den zugehörigen Ausführungsbestimmungen sicherzustellen.
- Die Auslagerung ist durch schriftliche Verträge mit den klar definierten Aufgaben des Beauftragten zu regeln.
- Bei der Prüfung der Einhaltung dieser Standesregeln ist den zuständigen Stellen der Zugang zu Unterlagen und technischen Systemen beim Dienstleister zu gewährleisten.

Als Auslagerung von Geschäftsbereichen gelten insbesondere:

- a) Die Kundenbetreuung durch externe Unternehmen und Personen (andere Unternehmen, freie Mitarbeiter und Agenten);
- b) Die Delegation der Verwaltung von Kundenvermögen durch Erteilung von Untervollmachten;
- c) Die Auslagerung der Finanzanalyse, der Erstellung von Anlagevorschlägen und Musterportfolios an einen einzigen Dienstleister;
- d) Die Wahrnehmung von Compliance-Aufgaben, namentlich im Bereich der Prävention und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung;
- e) Die Auslagerung von Datenbearbeitungssystemen, die kundenrelevante Daten enthalten (z.B. externes Führen von Kundendatenbanken und Informationssystemen über Kundenvermögen oder durch Dritte geführte Auftragsübermittlungssysteme);
- f) Die Aufbewahrung von Geschäftsakten in nicht dem Vermögensverwalter gehörenden oder von ihm angemieteten Räumen. Vorbehalten bleiben die Vorschriften zur Prävention von Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierung.

Bei Auslagerungen von Aufgaben nach a) – c) muss der Beauftragte Verhaltensregeln einhalten, die mit den für den Vermögensverwalter massgeblichen Verhaltensregeln vergleichbar sind.

Nicht als Auslagerung gelten:

- a) Die Auslagerung der Finanzbuchhaltung des Vermögensverwalters;
- b) Die Errichtung und das Betreiben von unselbständigen Zweigniederlassungen im In- und Ausland;
- c) Der Beizug von Experten bei der individuellen Vermögensstrukturierung sowie im Bereich der Rechts- und Steuerberatung;

- d) Die Nutzung von Datenbearbeitungssystemen bei Kundenvermögen haltenden Banken zur Erteilung von Aufträgen und Überwachung von deren Ausführung, der Überwachung der Verwahrung sowie zum Bezug von Finanzinformationen;
- e) Das Hosting von Internetauftritten ohne kundenbezogene Daten;
- f) Die Wartung (einschliesslich der Fernwartung) interner Datenbearbeitungssysteme.

Effekthändler beachten bei der Auslagerung von Geschäftsbereichen das FINMA-Rundschreiben 08/7 Auslagerung von Geschäftsbereichen bei Banken, Fondsleitungen und SICAVs das FINMA-Rundschreiben 08/37 Delegation durch Fondsleitung/SICAV.

- 17. Der Vermögensverwalter erfüllt die gesetzlich vorgeschriebenen Buchführungspflichten. Er stattet sein Unternehmen angemessen mit finanziellen Mitteln aus und gleicht Unterbilanzen innert nützlicher Frist mit zusätzlichen Mitteln aus.
- 18. Der Vermögensverwalter dokumentiert die von ihm getätigten Geschäfte in einer Weise, welche es den zuständigen Behörden und Selbstregulierungsträgern bzw. den von diesen eingesetzten Prüfstellen erlaubt, die Einhaltung der Vorschriften dieser Landesregeln zu überprüfen.

Art. 6 Informationspflicht

Der Vermögensverwalter hat gegenüber seinen Kunden eine Informationspflicht über

- a) sein Unternehmen und die angebotenen Dienstleistungen, einschliesslich seiner Zulassung zur Dienstleistungserbringung;
- b) die mit den vereinbarten Dienstleistungen verbundenen, besonderen Risiken;
- c) seine Abgeltung, einschliesslich der ihm durch Zuwendungen von dritter Seite zufallenden Vermögensvorteile.

Ausführungsbestimmungen:

- 19. Die Informationspflicht kann je nach der Geschäftserfahrung und den fachlichen Kenntnissen des Kunden erfüllt werden.

Bei professionellen Kunden kann der Vermögensverwalter davon ausgehen, dass die Informationen gemäss Bst. a) und b) von Art. 6 bekannt sind.

Als professionelle Kunden gelten: Banken, Effekthändler, Fondsleitungen, Versicherungsgesellschaften sowie öffentlich-rechtliche Körperschaften, Vorsorgeeinrichtungen sowie juristische Personen mit professioneller Tresorerie.

20. Bei Aufnahme einer Geschäftsbeziehung orientiert der Vermögensverwalter seine Kunden über seine Firma, sein Geschäftsdomizil, über die Kommunikationsmittel, mit denen der Kunde mit dem Vermögensverwalter kommunizieren kann, sowie über die für ihn geltenden Regeln zur Berufsausübung. Er informiert seine Kunden über die angebotenen Dienstleistungen und deren wesentliche Merkmale (z.B. Verwaltung bankmässig verwahrter Vermögenswerte, Anlageberatung, Vertrieb von Finanzprodukten, Auswahl der Gegenpartei bei der Durchführung von Effektenhandelsaufträgen).

Delegiert der Vermögensverwalter die Vermögensverwaltung ganz oder teilweise durch Erteilung von Untervollmachten an Dritte, informiert er den Kunden darüber.

Er informiert den Kunden über Veränderungen dieser Informationen sowie über wichtige Wechsel im Personal, in der betrieblichen oder rechtlichen Organisation oder in den Beteiligungsverhältnissen, soweit sie den Kunden unmittelbar betreffen.

21. Der Vermögensverwalter kennzeichnet Marketing- Mitteilungen eindeutig als solche, sofern diese nicht eindeutig als solche erkennbar sind.
22. Bei der Aufklärung über die mit den zu erbringenden Dienstleistungen verbundenen Risiken darf der Vermögensverwalter grundsätzlich davon ausgehen, dass jeder Kunde die Risiken kennt, die üblicherweise mit dem Kauf, Verkauf und Halten von Effekten verbunden sind. Dazu gehören insbesondere die Bonitäts- und Kursrisiken von Aktien, Obligationen und kollektiven Kapitalanlagen, die in entsprechende Effekten anlegen. Gegenstand der Informationspflicht bilden damit die über diese allgemeinen Risiken hinausgehenden Risikofaktoren bei Geschäftsarten mit erhöhtem Risikopotential (z.B. Derivate, Securities Lending) oder mit komplexem Risikoprofil (z.B. strukturierte Produkte).

Für Geschäftsarten, deren Risikopotential über das für Kauf, Verkauf und Halten von Effekten übliche Mass hinausgeht, kann der Vermögensverwalter seine Informationspflicht standardisiert (z.B. mittels entsprechender Risikoinformationsschriften) oder individuell erfüllen. Wurde der Kunde von der Depotbank bereits über die entsprechenden Risiken informiert, so braucht der Vermögensverwalter die entsprechende Aufklärung nicht zu wiederholen.

Erfüllt der Vermögensverwalter die Aufklärungspflicht individualisiert, so stellt er die Geschäftserfahrenheit des Kunden mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt fest und legt diese Feststellungen seiner Information zugrunde.

23. Den Vermögensverwalter trifft keine Pflicht, über die Risiken bestimmter Geschäftsarten zu informieren, wenn ein Kunde in einer separaten schriftlichen Erklärung angibt, die Risiken bestimmter Geschäftsarten, welche genau zu bezeichnen sind, zu kennen und auf zusätzliche Informationen zu verzichten.

Eine vom Kunden gegenüber der Depotbank abgegebene, entsprechende Erklärung gilt dabei nicht auch für den Vermögensverwalter.

24. Wünscht der Kunde vom Vermögensverwalter die Erbringung einer Dienstleistung, über welche der Vermögensverwalter keine genügende Kenntnis hat, so ist der Kunde darüber in Kenntnis zu setzen.

Will der Vermögensverwalter keine entsprechende Aufklärung abgeben, so muss er die Erbringung der Dienstleistung verweigern.

Vorbehalten bleibt der Beizug entsprechender Fachpersonen.

25. Der Vermögensverwalter informiert seine Kunden über seine Honorierung. Dabei legt er auch – ungeachtet des Rechtsgrunds entsprechender Leistungen – alle finanziellen Zuwendungen offen, die ihm im Zusammenhang mit den in Aussicht genommenen Dienstleistungen zufließen, und macht auf die mit diesen Zuwendungen verbundenen Interessenkonflikte aufmerksam.

Werden mit der finanziellen Zuwendung bzw. mit einem gesamthaften Honorar sowohl Vermarktungs- als auch andere Dienstleistungen abgegolten, weist der Vermögensverwalter den Kunden entsprechend darauf hin.

Lassen sich entsprechende zukünftige Zuwendungen nicht genau beziffern oder stehen sie nicht in direktem Zusammenhang mit einer einzelnen Kundenbeziehung, so wird der Kunde über die Quellen der finanziellen Zuwendung sowie deren grundsätzliche Berechnungsweise informiert.

Auf Anfrage legt der Vermögensverwalter bereits erhaltene Zuwendungen von dritter Seite offen, soweit sie sich mit vernünftigem Aufwand einer bestimmten Kundenbeziehung zuordnen lassen.

Art. 7 Vermögensverwaltungsvertrag

Der unabhängige Vermögensverwalter schliesst mit seinen Kunden einen schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrag ab.

- bestimmt den Umfang des Mandats,
- definiert Anlageziele, strategische Anlagepolitik bzw. Vermögensallokation sowie allfällige Anlagerestriktionen,
- beschreibt Art, Periodizität und Umfang der Berichterstattung und Rechenschaftsablage, und
- legt Höhe und Berechnungsgrundlage der Entschädigung für die Ausübung des Mandats fest.

Ausführungsbestimmungen

26. Die Pflicht zum Abschluss eines Vermögensverwaltungsvertrages knüpft an das Vorliegen einer Vollmacht zur Verfügung über fremdes Vermögen an (Verwaltungsvollmacht oder Generalvollmacht).

Für Geschäftsbeziehungen, welche ausschliesslich die Erbringung von Beratungsdienstleistungen zum Gegenstand haben, bedarf es keines schriftlichen Vertrages.

Für den Vertrieb von Anteilen an kollektiven Kapitalanlagen oder von Versicherungsprodukten sind zudem die einschlägigen Vorschriften des Bundesrechts zu beachten.

27. Die im schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrag zu regelnden Punkte sind in Anhang A aufgeführt.

28. Wird die Verwaltung nach freiem Ermessen vereinbart, so dürfen nur die in Anhang B aufgeführten Geschäfte getätigt werden.

Der Ermessensspielraum des Vermögensverwalters kann auch durch spezifische Richtlinien mit Bezug auf einzelne Punkte gemäss Anhang A, Ziff. 3.3, beschränkt werden.

Bei der Ermessensbetätigung vermeidet der Vermögensverwalter dabei Risiken infolge unüblicher Konzentration auf eine zu kleine Anzahl von Anlagen.

29. Die Instruktionen von Kunden, die nicht vom Gegenstand des Vermögensverwaltungsvertrages abgedeckt werden, sind durch geeignete schriftliche oder elektronische Aufzeichnungen festzuhalten.

30. Der Vermögensverwalter vereinbart mit seinen Kunden im Vermögensverwaltungsvertrag, ob und gegebenenfalls inwieweit finanzielle Zuwendungen, die ihm im Zusammenhang mit den in Aussicht genommenen Dienstleistungen zufließen, an den Kunden weitergeleitet werden.

Weiter legt der Vermögensverwaltungsvertrag fest, ob und inwieweit dem Kunden über solche Zuwendungen im Einzelnen Aufschluss zu erteilen ist.

31. Die Honorierung des Vermögensverwalters für seine Dienstleistungen wird mit dem Kunden schriftlich vereinbart und kann nach dem Umfang der zu betreuenden Vermögenswerte sowie des erforderlichen Arbeitsaufwandes abgestuft werden. Die Berechnungsweise des Honorars ist klar und eindeutig festzuhalten. Grundsätzlich gelten für die Verwaltung von bankmässig verwahrten Vermögenswerten die folgenden Richtlinien:

- Verwaltungshonorar von maximal 1,5% p.a. auf dem verwalteten Aktivvermögen; oder

- Erfolgshonorar von maximal 20% der Nettokapitalzunahme, d.h. der Wertsteigerung unter Berücksichtigung von Einlagen und Rückzügen sowie allfälliger nicht realisierter Verluste. Davon abzuziehen sind Verlustvorträge, d.h. Verluste aus früheren Abrechnungsperioden, welche noch nicht durch Gewinne kompensiert wurden; oder
- Verwaltungshonorar von maximal 1% p.a. und Erfolgshonorar von maximal 10%, wenn die beiden vorstehenden Honorarsysteme kombiniert werden.

Zulässig sind ferner ähnliche Honorarmodelle, die über die erwartete durchschnittliche Dauer einer Geschäftsbeziehung zu einem Honorar in diesem Rahmen führen.

Erbringt der Vermögensverwalter weitergehende Dienstleistungen, so darf er diese gesondert zu einem ausdrücklich zu vereinbarenden Tarif in Rechnung stellen.

Bei ausserordentlich aufwändigen Anlagestrategien kann von den vorstehenden Honorargrundsätzen nach oben abgewichen werden. Die Abweichung von den Honorargrundsätzen ist in jedem Fall im Vermögensverwaltungsvertrag offen zu legen. Der Kunde ist dabei darüber zu informieren, weshalb und in welchem Umfang von den Honorargrundsätzen abgewichen wird.

32. Erstellt der Vermögensverwalter eigene Performance-Auswertungen für seine Kunden, so hält er sich dabei an international anerkannte Standards bei der Berechnungsmethode, eine zweckmässige Zeitperiode (z.B. 1, 3 und 5 Jahre bzw. seit Annahme des Mandates) sowie an eine allfällige Wahl von Vergleichsindices (Benchmarks).

Er legt Abweichungen vom angewandten Standard im Rahmen der Rechenschaftsablage unaufgefordert offen.

Erfolgt die Rechenschaftsablage ausschliesslich aufgrund der von Depotbank erstellten Abrechnungen, so hält der Vermögensverwalter fest, dass seine Honorarbezüge nicht als Kosten ausgewiesen werden, und die ausgewiesene Performance damit unter Umständen zuungunsten des Kunden verzerrt dargestellt wird.

Art. 8 Verschwiegenheit

Die unabhängigen Vermögensverwalter sind im Rahmen der Gesetze und dieser Landesregeln zur absoluten Verschwiegenheit über alle Informationen, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit zur Kenntnis gebracht werden, verpflichtet.

Ausführungsbestimmungen:

33. Beim Beizug Dritter zur Dienstleistungserbringung und bei der Übertragung von Aufgaben an Dritte, hat der Vermögensverwalter sicherzustellen, dass der Dritte die Verschwiegenheit in gleichem Umfang einhält. Der Dritte hat sich ausdrücklich dazu zu verpflichten, die Vertraulichkeit zu wahren.

Der Vermögensverwalter hat beim Beizug Dritter zur Dienstleistungserbringung und bei der Übertragung von Aufgaben an Dritte zudem dafür zu sorgen, dass personenbezogene Daten der Kunden nur soweit benützt oder bearbeitet werden, als sie es selbst tun dürften und die gesetzlichen oder vertraglichen Geheimhaltungspflichten eingehalten werden. Auch hierzu hat sich der Dritte ausdrücklich zu verpflichten.

34. Der Vermögensverwalter trifft angemessene technische und organisatorische Vorkehrungen zum Schutz der ihm anvertrauten Personendaten.

Art. 9 Unerlaubte Anlagegeschäfte

Unabhängige Vermögensverwalter nehmen von ihren Kunden keine Einlagen im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen entgegen, sofern sie nicht über die Bewilligung zum Geschäftsbetrieb als Bank verfügen. Sie führen für Rechnung ihrer Kunden keine Abwicklungskonti, sofern sie nicht über die Bewilligung als Effektenhändler verfügen.

Unabhängige Vermögensverwalter vermischen die ihnen anvertrauten Vermögenswerte von Kunden nicht in unausgeschiedenen Sammelvermögen oder auf Sammelvermögen oder auf Sammeldepots.

Ausführungsbestimmungen:

35. Als Entgegennahme von Einlagen gilt auch die Sammlung von Kundengeldern auf Bank- und Postkonten, wobei die Zuordnung auf die einzelnen Kunden ausschliesslich durch den Vermögensverwalter erfolgt. Zulässig ist dagegen, dass der Vermögensverwalter Zahlungen von und an individuelle Kunden über eigene Konten abwickelt.
36. Die Vermischung von Kundenvermögen auf Konten/Depots von Effektenhändlern und Banken ist nur erlaubt, wenn die Zuordnung dieser Vermögen auf die einzelnen Kunden durch einen zugelassenen Effektenhändler bzw. durch die Bank erfolgt.

Vorbehalten bleiben die Instrumente der kollektiven Kapitalanlage.

Art. 10 Nachrichtenlose Vermögen

Der unabhängige Vermögensverwalter trifft präventive Massnahmen, die dazu dienen, den Abbruch des Kontaktes zu seinen Kunden zu vermeiden und dem Entstehen nachrichtenloser Kundenbeziehungen entgegen zu wirken.

Der unabhängige Vermögensverwalter schützt die Ansprüche der Berechtigten im Falle der Nachrichtenlosigkeit. Unter Wahrung der Verschwiegenheitspflicht unternimmt er geeignete Schritte, nachrichtenlose Vermögen den Berechtigten zukommen zu lassen.

Ausführungsbestimmungen:

37. Im Sinne von Art. 10 dieser Standesregeln gilt als:

Nachricht. Jede vom Kunden, einem ausgewiesenen Bevollmächtigten oder Rechtsnachfolger erhaltene Weisung, Mitteilung oder Äusserung, die beim Vermögensverwalter einen geschäftlichen Vorgang auslöst oder sich in den Akten niederschlägt;

Nachrichtenlosigkeit. Das Fehlen jeglichen Kontakts, das vollständige Ausbleiben von Nachrichten während 10 Jahren sowie die sichere Kenntnis vom Versterben des Kunden ohne Vorliegen von Informationen über Rechtsnachfolger.

38. Der Vermögensverwalter erhebt bei Aufnahme einer auf Dauer angelegten Kundenbeziehung Informationen über die zu erwartenden Rechtsnachfolger des Kunden.

Wünscht der Kunde keine entsprechenden Angaben zu machen, so weist der Vermögensverwalter auf die mit der Nachrichtenlosigkeit verbundenen Risiken hin.

39. Tritt Nachrichtenlosigkeit ein, so führt der Vermögensverwalter seinen Auftrag vertragsgemäss weiter.

40. Tritt Nachrichtenlosigkeit ein, so trifft der Vermögensverwalter angemessene Massnahmen, um das Vermögen den Berechtigten zukommen zu lassen.

Als angemessene Massnahmen gelten insbesondere:

- Nachforschungen in öffentlichen Registern wie z.B. Telefonverzeichnissen, Handelsregistern etc.
- Die Orientierung der Depotbank des Kunden über die beim Vermögensverwalter bestehende Nachrichtenlosigkeit.



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

- Die Orientierung des von der Schweizerischen Bankiervereinigung eingesetzten Ombudsmannes im Sinne von deren Richtlinien über die Behandlung nachrichtenloser Konten, Depots und Schrankfächer bei Schweizer Banken.
- Die Orientierung entsprechender ausländischer Organisationen, sofern diese angemessenen Regeln zur Verschwiegenheit unterstehen.

Der Vermögensverwalter ist befugt, vom Kunden bzw. dessen Rechtsnachfolger angemessenen Verwendungsersatz für seine Bemühungen zu verlangen.

Anhang A: Im schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrag zu regelnde Punkte

Die nachfolgenden Punkte stellen einen Minimalstandard für den Inhalt des schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrags dar. Im Rahmen der auf den Vermögensverwaltungsvertrag anwendbaren Bestimmungen (Art. 7 und dazugehörige Ausführungsbestimmungen), sind die Parteien in der Vertragsgestaltung frei.

1. Exakte Bezeichnung der Parteien
2. Betroffene Bankbeziehung(en)
(immer bei bankmässig verwahrten Vermögenswerten)
3. Beauftragung und Ermächtigung zur Verwaltung der Vermögenswerte (einschliesslich der Einräumung der Kompetenz zur Delegation von Aufgaben)
 - 3.1 Anlageziel(e) des Kunden, welche auch in einem Besprechungsprotokoll festgehalten werden können;
 - 3.2 Referenzwährung;
 - 3.3 Umfang der Verwaltung nach eigenem Ermessen, nach spezifischen Richtlinien bzw. besonderen Instruktionen, wobei spezifische Richtlinien auch in einem Besprechungsprotokoll festgehalten werden können;

Werden spezifische Richtlinien oder besondere Instruktionen erteilt, so sind diese im Vermögensverwaltungsvertrag oder in einem entsprechenden Besprechungsprotokoll grundsätzlich nach folgenden Kriterien zu gliedern:
 - a. Depotstruktur (Depotanteil Beteiligungspapiere, festverzinsliche Anlagen, Edelmetalle etc.);
 - b. Länder/Währungen/Branchen, die bei der Anlage berücksichtigt werden oder von der Anlage ausgeschlossen werden sollen;
 - c. Maximalengagements pro Land/Währung/ Branche;
 - d. Mindestanforderungen an Qualität und Handelbarkeit der zu tätigen Anlagen;
 - e. Zulässigkeit und Umfang dauernder Kreditbenutzung;
 - f. Zulässigkeit und Umfang von Termin- und Derivatgeschäften bzw. Anlagen in hybride und strukturierte Finanzprodukte.
 - 3.4 Stimmrechtsausübung
(Sofern der Vermögensverwalter die Stimmrechte ausüben soll.)
4. Verschwiegenheitspflicht des Vermögensverwalters
(einschliesslich Datenweitergabe an Hilfspersonen und Beauftragte)

5. Berichterstattung und Rechnungslegung durch den Vermögensverwalter
 - Eigene Performanceauswertungen oder Rechenschaftsablage auf Grundlage der Bankunterlagen;
 - Periodizität;
 - Aufbewahrung durch Vermögensverwalter oder Zustellung an den Kunden
6. Art der Instruktionerteilung durch den Kunden
 - Schriftlich, per Telefax, telefonisch, E-Mail;
 - Risikotragung für Kommunikationsfehler.
7. Honorierung des Vermögensverwalters
 - Berechnungsweise;
 - Fälligkeit;
 - Allfällige Berechtigung des Vermögensverwalters zur direkten Honorarbelastung;
 - Behandlung von finanziellen Zuwendungen von dritter Seite einschliesslich Rechenschaftsablage.
8. Vertragsauflösung (Empfehlung)
(Zu beachten ist, dass nach schweizerischem Recht geschlossene Vermögensverwalterverträge zwingend jederzeit und ohne Beachtung von Kündigungsfristen beendet werden können.)
9. Rechtswahl und Gerichtsstand (Empfehlung)
(Zum Schutz des Kunden wird die Wahl schweizerischen Rechts und die Vereinbarung des schweizerischen Gerichtsstandes am Sitz des Vermögensverwalters empfohlen.)

Anhang B: Anlageinstrumente bei Vermögensverwaltung nach freiem Ermessen

Die nachfolgend bezeichneten Anlageinstrumente gelten als übliche Instrumente der Vermögensverwaltung nach freiem Ermessen. Sie können eingesetzt werden, auch wenn der schriftliche Vermögensverwaltungsvertrag ihren Einsatz nicht ausdrücklich vorsieht. Der Einsatz anderer Finanzinstrumente gemäss Vereinbarung im individuellen Vermögensverwaltungsvertrag bleibt vorbehalten.

1. Festgeld-, Treuhandanlagen und Securities Lending

Treuhandanlagen sind auf erstklassige Gegenparteien zu beschränken.

Beim Securities Lending ist dem Gegenparteirisiko entweder durch Sicherheiten oder Beschränkung auf erstklassige Gegenparteien Rechnung zu tragen.

2. Edelmetalle, Wertpapiere und Wertrechte

Vermögensanlagen in Edelmetallen bzw. Geld- und Kapitalmarktanlagen in Form von Wertpapieren und Wertrechten (z.B. Aktien, Obligationen, Notes, Geldmarktbuchforderungen), davon abgeleitete Produkte und deren Kombinationen (insbesondere derivative, hybride oder strukturierte Finanzprodukte) müssen leicht handelbar sein, d.h. sie müssen an einer zugelassenen Börse im In- oder Ausland kotiert sein oder es muss ein repräsentativer Markt dafür bestehen.

In beschränktem Umfang können – in Abweichung von dieser Regel – Vermögensanlagen in durch die Anlagekreise anerkannten, stark verbreiteten Wertpapieren und Wertrechten beschränkter Marktfähigkeit getätigt werden. Solche Werte sind z.B. Kassenobligationen und OTC-Produkte (over-the-counter). Bei OTC-Produkten muss jedoch der Emittent eine anerkannte Bonität geniessen, und es müssen für die Produkte marktkonforme Kurse erhältlich sein.

Für einzelne Kategorien von Geld- und Kapitalmarktanlagen gelten die nachfolgenden Bestimmungen.

3. Instrumente der kollektiven Kapitalanlage

Die Anlage in Instrumente der kollektiven Kapitalanlage (Anlagefonds, Investmentgesellschaften, bankinterne Sondervermögen, Unit Trusts, etc.) ist - unter Vorbehalt der Bestimmungen über nicht traditionelle Anlagen – zulässig, sofern und soweit diese ihrerseits in nach diesem Anhang B zulässige Anlageinstrumente investieren.

Erlaubt ist auch die Anlage in Instrumente der kollektiven Kapitalanlage, die nach Massgabe der schweizerischen Gesetzgebung oder der Vorschriften der Europäischen Union zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind, auch wenn sie in beschränktem Umfang ihr Vermögen belegen und eine Hebelwirkung auf ihr Vermögen aufweisen dürfen.

Der leichten Handelbarkeit ist eine angemessene Kündbarkeit durch den Anleger gleichgestellt.

4. Nicht traditionelle Anlagen

Als nicht traditionell gelten Anlagen in Hedge Funds, Private Equity und Immobilien. Deren Anlagen sind nicht notwendigerweise auf nach diesem Anhang zulässige und/oder leicht handelbare Instrumente beschränkt.

Zur Diversifikation des Gesamtportfolios können nicht-traditionelle Anlagen eingesetzt werden, wenn diese nach dem Fund of Funds-Prinzip strukturiert sind oder sonst für eine gleichwertige Diversifikation Gewähr bieten. Die leichte Handelbarkeit bzw. die angemessene Kündbarkeit muss auch bei nicht traditionellen Anlagen gewährleistet sein.

Der Vermögensverwalter legt den Einsatz von nicht traditionellen Anlagen in einer schriftlich niedergelegten Anlagepolitik fest und trifft die geeigneten Massnahmen zu deren sorgfältigen und fachgerechten Anwendung.

5. Standardisierte Optionsgeschäfte (Traded Options)

Die auf einem organisierten Markt gehandelten und über eine anerkannte Clearingstelle abzuwickelnden Optionsgeschäfte auf Wertschriften, Devisen, Edelmetalle, Zinssatzinstrumente und Börsenindizes sind nur dann zulässig, wenn sie auf das Gesamtportfolio keine Hebelwirkung ausüben.

Keine Hebelwirkung liegt vor, wenn das Portfolio:

- Im Fall des Verkaufes von Calls und des Kaufes von Puts eine Position von Basiswerten aufweist oder, sofern es sich um Börsenindex- oder Zinssatzoptionen handelt, eine entsprechende Position in Werten aufweist, die den Basiswert ausreichend repräsentieren.
- Im Fall des Verkaufs von Puts bereits beim Abschluss eine Liquidität aufweist, die es erlaubt, den eingegangenen Kontrakt jederzeit zu erfüllen.

Der Vermögensverwalter hat darauf zu achten dass auch nach einer allfälligen Ausübung der Optionsrechte das Portfolio der mit dem Kunden vereinbarten Anlagepolitik entspricht.

Das Glattstellen offener Call- und Put-Positionen ist jederzeit erlaubt.

6. Nicht standardisierte Optionsgeschäfte

Die Grundsätze für standardisierte Optionsgeschäfte gelten auch für Geschäfte in Optionsinstrumenten, die nicht standardisiert sind, wie OTC- (over-the-counter) Optionen, Warrants, Stillhalteroptionen (Aufzählung nicht abschliessend). Bei OTC-Produkten muss jedoch der Emittent eine anerkannte Bonität geniessen, und es müssen für die Produkte marktkonforme Kurse erhältlich sein.

Stillhaltergeschäfte bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des Kunden, soweit diese sich nicht im Rahmen der dem Kunden eingeräumten Kreditlimiten bewegen.

7. Financial Futures

Beim Verkauf von Financial Futures muss eine entsprechende Position in Basiswerten gegeben sein. Handelt es sich um Aktienindex-, Devisen- oder um Zinssatz-Futures, so genügt es, wenn der Basiswert ausreichend repräsentiert wird.

Beim Kauf von Financial Futures muss die notwendige Liquidität bereits beim Abschluss des Kaufes vollumfänglich vorhanden sein.

8. Hybride und strukturierte Produkte

Die Anlage in hybride und strukturierte Finanzprodukte (z.B. PIP, PEP, GROI, IGLU, VIU oder PERLES) ist zulässig, wenn das Finanzprodukt hinsichtlich Risikoprofil einem der vorstehenden, zulässigen Finanzprodukte entspricht. Ist das Risikoprofil mehrschichtig, so müssen sämtliche Risikoebenen einem nach diesem Anhang B zu lassigen Anlageinstrument entsprechen.

Bei nicht kotierten hybriden und strukturierten Finanzprodukten muss jedoch der Emittent eine anerkannte Bonität geniessen, und es müssen für die Produkte marktkonforme Kurse erhältlich sein.

Code suisse de conduite relatif à l'exercice de la profession de gérant de fortune indépendant

Art. 1 Préambule

- Cherchant à préserver et à accroître, en Suisse et à l'étranger, la réputation professionnelle des gérants de fortune indépendants suisses,
- souhaitant contribuer efficacement à la protection des investisseurs,
- et au fonctionnement de marchés financiers intègres,
- désireuse d'apporter une contribution efficace à la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme,

l'Association Suisse des Gérants de Fortune (ASG), en tant qu'organisme chargé de la défense des intérêts et de la réputation de la profession, a élaboré le présent Code de conduite.

Le Code de conduite ne modifie en rien l'obligation de confidentialité. Il ne peut et ne veut pas:

- étendre au territoire suisse le champ d'application de la législation étrangère en matière de devises, de fiscalité et d'économie et déclarer qu'elle doit être observée par les gérants de fortune indépendants (sauf si les traités internationaux en vigueur et la législation suisse le prévoient déjà) ;
- s'écarter de la jurisprudence actuelle dans le domaine du droit international;
- modifier les dispositions de droit civil qui régissent les rapports entre les membres et leurs clients.

Le Code de conduite assure la codification, avec effet contraignant, de règles applicables à une gestion conforme à l'éthique professionnelle.

Il vise à définir les principes liés à la gestion de fortune indépendante en tant qu'activité commerciale.

Le présent Code suisse de conduite est reconnu par l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (FINMA) comme « règles de conduite » au sens de l'art. 6 OPCC. Les négociants en valeurs mobilières et les gestionnaires de placements collectifs de capitaux peuvent appliquer le présent Code de conduite comme standard minimum reconnu par la FINMA pour leurs activités dans le domaine de la gestion de fortune individuelle.

Art. 2 Champ d'application

Le Code de conduite s'applique aux membres de l'Association Suisse des Gérants de Fortune (ASG) selon les Statuts de l'association.

Le Code de conduite s'applique aux membres de l'association sous surveillance étatique pour l'exercice de la profession pour autant que les lois auxquelles ils sont soumis ou l'autorité de surveillance dont ils dépendent ne leur imposent pas d'obligations supplémentaires.

Lorsque des gérants de fortune non membres de l'Association Suisse des Gérants de Fortune (ASG) se réfèrent au Code de conduite, ils sont tenus de le respecter. Le respect du Code de conduite doit faire l'objet d'un système de contrôle et de sanctions. Par ailleurs, ces gérants de fortune ne sont pas autorisés à se désigner de quelque façon que ce soit comme membres de l'ASG ou affiliés à elle.

D'un point de vue matériel, le présent Code de conduite s'applique à la fourniture de prestations financières, notamment à la gestion de fortune, au conseil en placement et à la planification financière.

Art. 3 Indépendance de la gestion de fortune

Le gérant de fortune indépendant exerce sa profession librement et sous sa propre responsabilité. Dans ses activités professionnelles, il se consacre à sa tâche de conseiller du client pour toutes les questions financières et patrimoniales. Il est conscient de sa responsabilité et du rôle déterminant que peut revêtir son activité pour l'existence économique de son client.

Le gérant de fortune indépendant défend les intérêts de ses clients conformément au présent Code de conduite.

Dispositions d'exécution :

1. Sont considérés comme indépendants les gérants de fortune qui disposent, dans le cadre de la fourniture de leurs prestations, de toute la liberté nécessaire pour décider des placements et de la politique de placement, et ce malgré une éventuelle participation majoritaire détenue par un tiers. Sous réserve de coopérations transparentes entre sociétés d'un même groupe en faveur du client, les gérants de fortune indépendants ne doivent pas être liés par des obligations d'exclusivité lorsqu'ils proposent la fourniture de prestations et de produits financiers.

2. L'Indépendance de la gestion de fortune exige que :
 - les transactions soient menées dans l'intérêt du client, et notamment sans pratiques de barattage ("churning");
 - les transactions pour lesquelles les intérêts du gérant de fortune sont en conflit avec ceux du client soient menées de telle sorte que le client ne puisse être désavantagé;
 - le gérant de fortune prenne des mesures organisationnelles adaptées à la taille et à la structure de son entreprise pour éviter les conflits d'intérêt, en particulier par le biais d'une séparation fonctionnelle, par la limitation du flux d'informations et par d'autres mesures, notamment le système salarial de ses employés chargés de la gestion de fortune;
 - les conflits d'intérêt qui n'ont pas pu être évités par des mesures organisationnelles appropriées soient déclarés au client.
3. Le gérant de fortune édicte, pour ses propres activités et celles de ses collaborateurs qui ont connaissance de transactions planifiées ou exécutées pour le compte de clients, des directives appropriées visant à éviter l'obtention de tout avantage patrimonial par le biais d'un comportement abusif (cf. la disposition d'exécution n°9). Il peut ainsi autoriser d'emblée les transactions qui, du fait de leur volume, ne sont pas susceptibles d'influencer les cours.
4. Le gérant de fortune recommande à ses clients les banques et les négociants en valeurs mobilières qui présentent les meilleures garanties en termes de prix, de délais d'exécution et de volumes ("best execution"), ainsi qu'une solvabilité suffisante.
5. L'indépendance de la gestion de fortune exige en outre que:
 - l'on fasse appel à des spécialistes pour les opérations impliquant des connaissances particulières;
 - l'on considère l'ensemble de la situation patrimoniale du client afin de le conseiller au mieux dans le choix de sa politique de placement.

Si le client refuse de donner des précisions sur l'ensemble de sa situation patrimoniale, il doit être informé de manière appropriée des éventuels risques particuliers qu'il court de ce fait. L'art. 6 s'applique par analogie.

Art. 4 Préservation et promotion de l'intégrité du marché

Le gérant de fortune indépendant reconnaît l'importance de l'intégrité et de la transparence des marchés financiers. En tant qu'acteur du marché, il se comporte conformément aux règles de la bonne foi, et s'interdit tout comportement qui nuirait à une formation des prix transparente et conforme au marché. Il s'interdit tout placement et toute activité qui induirait une manipulation induite des cours.

Dispositions d'exécution:

6. Les ordres du gérant de fortune sont décidés sur la base d'informations publiées ou accessibles au public, ou d'informations qui en découlent. Toute autre information doit être considérée comme confidentielle. L'exploitation d'informations confidentielles susceptibles d'influencer les cours n'est pas admise.

A ce titre, les informations sont considérées comme

- *susceptibles d'influencer les cours* lorsqu'elles sont propres à influencer de manière considérable la cotation ou le prix en bourse de la valeur mobilière en question;
 - *accessibles au public* lorsqu'elles sont publiées et diffusées dans les médias ou par les canaux d'informations financiers usuels;
 - *rendues publiques* lorsqu'elles sont communiquées à des tiers par l'émetteur dans le but de les rendre accessibles au grand public.
7. Le gérant de fortune ne divulgue des informations susceptibles d'influencer les cours que s'il est convaincu, en toute bonne foi, de leur exactitude.

Les gérants de fortune qui publient régulièrement des analyses financières, des recommandations de placement et financières liées à des valeurs mobilières déterminées s'abstiennent d'effectuer des transactions touchant les valeurs mobilières concernées (y compris leurs dérivés), que ce soit pour leur propre compte ou pour le compte de clients qui leur ont confié un mandat de gestion discrétionnaire, et ce du début de l'élaboration de l'analyse financière, de la recommandation de placement ou de la recommandation financière destinée à être publiée, et cela jusqu'à sa publication.

Sont considérées comme analyses financières, recommandations de placement ou recommandations financières les publications recommandant d'effectuer des transactions portant sur des valeurs mobilières déterminées, sur la base du suivi et de l'évaluation de données et d'informations économiques au sujet d'un émetteur déterminé. Ne sont pas considérées comme des analyses financières les publications qui

reposent sur des analyses purement techniques ("charts") et celles qui ne se réfèrent pas à un émetteur déterminé mais à des secteurs ou à des pays.

8. Le gérant de fortune s'interdit d'exploiter la connaissance d'ordres de clients pour exécuter préalablement, parallèlement ou immédiatement après des opérations pour son propre compte ("front running", "parallel running", "after running"). Sont aussi considérées comme des ordres de clients les transactions effectuées dans le cadre d'une gestion de fortune discrétionnaire. L'accord exprès du client est réservé.
9. Les ordres passés pour le compte du gérant de fortune ou pour le compte de tiers doivent reposer sur des bases économiques et refléter le rapport réel entre l'offre et la demande. Les transactions fictives, en particulier celles qui visent à influencer la liquidité ou les cours, sont prohibées.
10. Le gérant de fortune informe ses clients de leur obligation de déclarer les participations, conformément à la loi fédérale sur les bourses et le commerce de valeurs mobilières (Loi sur les bourses), si les valeurs patrimoniales qu'il gère, le laissent penser qu'une telle obligation de déclarer existe.

Le gérant de fortune qui, à la faveur de mandats de gestion discrétionnaire, peut exercer les droits de vote pour plusieurs clients, doit se conformer à l'obligation de déclarer prévue par la Loi sur les bourses, si les conditions en sont réalisées. Pour le calcul des droits de vote, il tient compte des droits qu'il est autorisé à exercer aussi bien en vertu des procurations qui lui ont été conférées que des contrats de gestion de fortune.

Si le gérant de fortune coordonne les droits de vote de plusieurs clients sans être lui-même habilité à les exercer, il doit remplir lui-même l'obligation de déclarer.

Art. 5 Garantie d'une gestion irréprochable des activités

Le gérant de fortune indépendant s'assure que toutes les personnes chargées de fournir des prestations répondent aux exigences professionnelles et personnelles requises pour mener à bien leurs tâches. Il veille par ailleurs à mettre en place pour son activité une organisation appropriée.

Le gérant de fortune indépendant veille à la gestion financière ordonnée de son entreprise.

Dans le cadre de son activité, il met tout en œuvre pour prévenir activement et combattre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme.

Dispositions d'exécution:

11. L'organisation du gérant de fortune doit être adaptée à la taille de son entreprise et aux risques qu'il génère pour ses clients (patrimoines sous gestion, stratégies de placement mises en œuvre, choix des

produits), et garantir le bon fonctionnement des marchés financiers ainsi que la bonne réputation de la profession et de la place financière suisse.

Le gérant de fortune s'assure que les investissements correspondent à tout moment aux objectifs et limites de placement. L'adéquation entre les stratégies appliquées et les objectifs de placement du client est régulièrement contrôlée. Pour autant que la stratégie de placement l'y autorise, le gérant de fortune s'assure de la diversification appropriée des risques.

12. Le gérant de fortune prend les dispositions adéquates pour assurer la pérennité de ses services à ses clients. S'il ne dispose pas à l'interne d'un remplaçant pour la seule personne chargée de la gestion de la fortune du client, qui soit à même de reprendre l'activité de ce dernier en cas de décès ou d'incapacité, il doit garantir la poursuite de son activité par la mise en oeuvre d'un autre gérant de fortune ou d'une banque, et en informer ses clients.

13. Le gérant de fortune gère les valeurs patrimoniales déposées en banque en s'appuyant sur une procuration limitée aux actes de gestion.

S'il est chargé de fournir au client des prestations nécessitant des pouvoirs plus étendus, il doit documenter en conséquence les fondements et l'exercice de ces activités.

L'activité d'organe de personnes morales et d'institutions juridiquement autonomes à patrimoine affecté (en particulier de fondations), ainsi que celle de trustee demeurent réservées.

14. La responsabilité propre du gérant de fortune exige qu'il assure sa formation continue et celle des personnes qu'il emploie, dans tous les domaines de leur activité professionnelle, par la participation à des séminaires de formation et de perfectionnement, ou de manière autonome. Le gérant de fortune est tenu de respecter les dispositions spécifiques relatives à la formation en matière de prévention et de lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme.

15. En matière de prévention et de lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme, le gérant de fortune indépendant est soumis aux prescriptions de son autorité de surveillance ou de son organisme d'autorégulation.

Les membres actifs de l'ASG affiliés à l'organisme d'autorégulation sont soumis aux dispositions en vigueur du Règlement sur la prévention et la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme.

16. Dans le cas où il demande à une autre entreprise (le prestataire) de fournir de manière autonome et durable une prestation essentielle pour le gérant de fortune (externalisation de domaines d'activité, outsourcing), le gérant de fortune doit respecter les principes suivants:

- La délégation de prestations doit se faire dans l'intérêt du client.
- Le prestataire doit être choisi, instruit et contrôlé avec soin. Le choix du prestataire doit tenir compte de ses compétences et intervenir après leur vérification. Le prestataire doit par ailleurs être en mesure de fournir la prestation considérée de manière sûre et durable.
- L'externalisation de la prestation intervient toujours sous la responsabilité du gérant de fortune.
- Le respect du devoir de discrétion doit être garanti conformément à l'art. 8 et aux dispositions d'exécution correspondantes.
- L'externalisation doit être régie par un contrat écrit avec indication claire des tâches du délégataire.
- Pour être en mesure de vérifier que les dispositions du présent Code de conduite sont respectées, les organismes compétents doivent pouvoir accéder aux documents et aux systèmes techniques du prestataire.

Sont en particulier considérés comme externalisation de domaines d'activité:

- a) le suivi du client par des entreprises et des personnes externes (entreprises tierces, indépendants et agents);
- b) la délégation, au moyen de sous-procurations, de la gestion de la fortune des clients;
- c) l'externalisation de l'analyse financière ou de l'élaboration de propositions de placement et de portefeuilles-types à un prestataire unique;
- d) l'exécution de tâches de "compliance", notamment dans le domaine de la prévention et de la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme;
- e) l'externalisation de systèmes de traitement de données contenant des données relatives au client (p. ex. gestion externe de bases de données client, de systèmes d'information sur la fortune des clients ou de systèmes de transmission des ordres gérés par des tiers);
- f) la conservation de dossiers dans des locaux qui n'appartiennent pas au gérant de fortune ou ne sont pas loués par lui. Les dispositions relatives à la prévention du blanchiment d'argent et du financement du terrorisme demeurent réservées.

Lors de l'externalisation d'activités selon les lettres a) à c), le délégataire doit respecter des règles déontologiques comparables à celles applicables au gérant de fortune.

Ne sont pas considérés comme une externalisation de domaines d'activité:

- a) l'externalisation de la comptabilité financière du gérant de fortune;
- b) la création et la gestion de succursales non indépendantes en Suisse ou à l'étranger;
- c) le recours à des experts dans le cadre de la structuration individuelle du patrimoine ainsi que dans les domaines du conseil juridique ou fiscal;
- d) le recours aux systèmes de traitement des données des banques dépositaires afin de passer des ordres et d'en surveiller l'exécution, de contrôler le dépôt ainsi que d'acquérir des informations financières;
- e) l'hébergement de sites Internet qui ne contiennent pas de données client;
- f) la maintenance (y compris à distance) des systèmes internes de traitement des données.

Les négociants en valeurs mobilières respectent lors de l'externalisation de domaines d'activité la Circulaire FINMA 08/7 Externalisation d'activités dans le secteur bancaire; et les directions et les SICAV la Circulaire FINMA 08/37 Délégation de tâches par la direction et la SICAV.

- 17. Le gérant de fortune tient une comptabilité conforme aux dispositions légales. Il dote son entreprise des moyens financiers adéquats et il compense, dans un délai raisonnable, les découverts au bilan en fournissant des moyens supplémentaires.
- 18. Le gérant de fortune documente ses activités de telle sorte que les autorités compétentes et les organismes d'autorégulation ou les organes de révision qu'ils mandatent puissent s'assurer du respect des dispositions du présent Code de conduite.

Art. 6 Obligation d'informer

Le gérant de fortune indépendant est tenu d'informer son client sur

- a) son entreprise et les prestations offertes, y compris sur son habilitation à les fournir;
- b) les risques particuliers liés aux prestations convenues;
- c) sa rémunération, y compris sur les avantages patrimoniaux résultant de bonifications émanant de tiers.

Dispositions d'exécution:

- 19. Le gérant de fortune remplit son obligation d'informer en fonction du degré d'expérience des affaires du client et ses connaissances techniques.

Dans le cas de clients professionnels, le gérant de fortune peut partir du principe que les informations prévues aux lettres a) et b) de l'art. 6 sont connues.

Sont considérés comme clients professionnels les banques, les négociants en valeurs mobilières, les directions de fonds, les sociétés d'assurance, ainsi que les entités de droit public, les institutions de prévoyance et les personnes morales dotées d'une trésorerie professionnelle.

20. Lors de l'établissement de toute relation d'affaires, le gérant de fortune informe ses clients sur son entreprise, son siège, les moyens de communication par lesquels le client peut communiquer avec le gérant de fortune, ainsi que sur les règles applicables à l'exercice de sa profession. Il les renseigne par ailleurs sur les prestations offertes et leurs caractéristiques essentielles (p. ex. gestion de valeurs patrimoniales déposées en banque, conseil en placement, distribution de produits financiers, choix des contreparties lors de l'exécution des ordres).

Si le gérant délègue tout ou partie de la gestion en conférant une sous-procuration, il doit en informer le client.

Le gérant de fortune informe ses clients de toute modification de ces informations ainsi que des changements substantiels dans son personnel, son organisation, sa structure juridique ou les participations dans son capital, pour autant qu'ils touchent directement le client.

21. Le gérant de fortune signale comme telles ses communications de marketing, si elles ne sont pas immédiatement identifiables.
22. Lorsqu'il renseigne sur les risques liés aux prestations fournies, le gérant de fortune peut partir du principe que chaque client connaît les risques habituellement liés à l'achat, à la vente et à la détention de valeurs mobilières. En font en particulier partie les risques de solvabilité et de cours pour les actions, les obligations et les placements collectifs qui investissent dans ces valeurs mobilières. L'obligation d'informer porte donc sur les facteurs de risque qui dépassent ces risques courants dans les opérations comportant un potentiel de risque accru (p. ex. produits dérivés, "securities lending") ou présentant un profil de risque complexe (p. ex. produits structurés).

Pour les opérations dont le potentiel de risque dépasse celui qui est habituellement lié à l'achat, à la vente et à la détention de valeurs mobilières, le gérant de fortune peut respecter son obligation d'information de manière standardisée (p. ex. au moyen d'un document d'information sur les risques) ou individualisée. Si le client a déjà été informé des risques par la banque dépositaire, le gérant de fortune peut se dispenser de communiquer à nouveau ces informations.

Si le gérant de fortune a opté pour une information individualisée, il détermine le degré d'expérience des affaires du client en faisant preuve de la diligence requise par les circonstances et adapte en conséquence les informations fournies.

23. Le gérant de fortune n'a pas d'obligation d'informer sur les risques liés à des opérations particulières si le client atteste dans une déclaration écrite distincte qu'il connaît les risques liés à ces opérations, lesquelles doivent être désignées avec précision, et qu'il renonce à des informations complémentaires.

Si le client a remis une déclaration dans ce sens à sa banque dépositaire, elle ne vaut pas pour le gérant de fortune.

24. Si le client demande au gérant de fortune de fournir une prestation pour laquelle ce dernier ne dispose pas de connaissances suffisantes, il doit en être informé.

Si le gérant de fortune ne souhaite pas s'expliquer à ce sujet, il doit refuser de fournir la prestation.

Le recours aux spécialistes compétents demeure réservé.

25. Le gérant de fortune est tenu d'informer ses clients sur ses honoraires, ainsi que sur toutes les bonifications qui lui reviennent en lien avec les prestations considérées, quel que soit leur fondement juridique. Il les rend attentifs aux conflits d'intérêts qui peuvent être liés à ces bonifications.

Si ces bonifications ou des honoraires globaux couvrent aussi des prestations de marketing ou d'autres services, le gérant de fortune en informe le client.

Si les bonifications futures sont difficilement chiffrables ou si elles ne sont pas directement liées à une relation d'affaire particulière, le client est informé de la source de la bonification et de ses modalités de calcul de base.

A la demande du client, le gérant l'informe sur les bonifications de tiers dont il a déjà bénéficié, pour autant qu'elles puissent être attribuées à une relation d'affaires spécifique sans un travail disproportionné.

Art. 7 Contrat de gestion de fortune

Le gérant de fortune indépendant conclut avec ses clients un contrat de gestion de fortune écrit.

Ce contrat écrit

- détermine l'étendue du mandat,
- définit le profil d'investissement, la stratégie de placement ou l'allocation des actifs, ainsi que les éventuelles restrictions de placement,

- décrit la manière, la périodicité et l'étendue des rapports et comptes rendus,
- détermine le montant ou le mode de calcul des honoraires relatifs à l'exécution du mandat.

Dispositions d'exécution:

26. L'obligation de conclure un contrat de gestion de fortune est liée à l'existence d'une procuration permettant de disposer de la fortune d'un tiers (pouvoir de gestion ou procuration générale).

Un contrat écrit n'est pas nécessaire pour les relations d'affaires dont le seul objet est la fourniture de prestations de conseil en placement.

En cas de vente de parts de placements collectifs ou de produits d'assurance, les dispositions du droit fédéral applicables doivent en outre être respectées.

27. Les points à régler dans le contrat écrit de gestion de fortune sont mentionnés dans l'annexe A.
28. Si le contrat prévoit une gestion discrétionnaire, cette dernière doit se limiter aux opérations figurant à l'annexe B.

Le pouvoir discrétionnaire du gérant de fortune peut aussi être limité par le biais de directives spécifiques relatives à des points précis, conformément au chiffre 3.3 de l'annexe A

Dans l'exercice de son pouvoir discrétionnaire, le gérant de fortune doit éviter les risques liés à une concentration inhabituelle des investissements sur un nombre de produits trop limité.

29. Les instructions du client qui ne sont pas couvertes par le contrat de gestion de fortune doivent être consignées de manière adéquate sous forme écrite ou électronique.
30. Dans le contrat de gestion de fortune, le gérant de fortune convient avec ses clients si et dans quelle mesure les bonifications qu'il perçoit en relation avec les prestations fournies sont répercutées sur les clients.

Le contrat de gestion de fortune prévoit en outre si et dans quelle mesure une information détaillée doit être fournies aux clients au sujet de ces bonifications.

31. La rétribution des services rendus par le gérant de fortune est convenue par écrit avec le client et peut s'échelonner en fonction du volume des valeurs patrimoniales à gérer et en fonction du volume de travail que cela implique. Le mode de calcul des honoraires doit être indiqué de manière claire et univoque. La rétribution applicable à la gestion des valeurs patrimoniales déposées en banque doit répondre aux principes suivants:

- Honoraires de gestion de maximum 1,5% p. a. sur les actifs gérés; ou
- Honoraires de performance de maximum 20% de la plus-value nette en capital, compte tenu des apports et retraits ainsi que des éventuelles pertes non réalisées. Sont à déduire les pertes reportées, c'est-à-dire les pertes de périodes comptables précédentes qui n'ont pas encore été compensées par des bénéfiques; ou
- Honoraires de gestion de maximum 1% p.a. et honoraires de performance de maximum 10%, lorsque les deux systèmes d'honoraires ci-dessus sont combinés.

Peuvent également être appliqués des modèles de rémunération similaires qui, sur la durée moyenne attendue de la relation d'affaires, conduisent à un niveau d'honoraires du même ordre.

Si le gérant de fortune fournit des services plus étendus, il est en droit de les facturer séparément selon un tarif à convenir expressément.

En cas de stratégies de placement particulièrement onéreuses à mettre en œuvre, il peut être dérogé aux principes ci-dessus. Cette dérogation aux principes de rémunération doit impérativement être mentionnée dans le contrat de gestion de fortune. Le client doit être informé des motifs et de l'importance de la dérogation aux principes de rémunération.

32. Si le gérant de fortune effectue lui-même des évaluations de performance pour ses clients, il doit appliquer une méthode de calcul conforme aux normes internationalement reconnues, couvrir une période appropriée (p. ex. 1, 3 et 5 ans ou depuis le début du mandat) et utiliser le cas échéant une sélection d'indices de référence ("benchmarks").

Dans le cadre de la reddition des comptes, il déclare spontanément les éventuels écarts par rapport aux standards appliqués.

Si la reddition des comptes s'effectue exclusivement sur la base des décomptes établis par la banque dépositaire, le gérant de fortune doit relever que ses honoraires ne figurent pas parmi les frais, de sorte que la présentation de la performance est susceptible d'être faussée au détriment du client.

Art. 8 Confidentialité

Dans le cadre des lois et du présent Code de conduite, les gérants de fortune indépendants sont tenus à une confidentialité absolue sur tout ce qui leur est confié ou communiqué dans l'exercice de leur profession et de leurs activités.

Dispositions d'exécution:

33. En cas de recours à des tiers pour la fourniture des prestations ou de délégation de tâches à des tiers, le gérant de fortune doit garantir que ces tiers respectent l'obligation de confidentialité dans une mesure identique à lui-même. Les tiers doivent déclarer expressément qu'ils s'obligent à garantir la confidentialité.

En cas de recours à des tiers pour la fourniture de prestations ou de délégation de tâches à des tiers, le gérant de fortune doit en outre s'assurer que les données personnelles des clients ne soient utilisées et traitées que dans la mesure qui lui serait également permise. Il veille aussi à ce que les obligations légales ou contractuelles de confidentialité des données soient respectées. Les tiers impliqués doivent déclarer expressément se soumettre à ces obligations.

Il appartient au gérant de fortune de prendre toutes les mesures techniques et organisationnelles nécessaires pour protéger les données personnelles qui lui sont confiées.

34. Il appartient au gérant de fortune de prendre toutes les mesures techniques et organisationnelles nécessaires pour protéger les données personnelles qui lui sont confiées.

Art. 9 Opérations de dépôt illicites

Les gérants de fortune indépendants n'acceptent de leurs clients aucun dépôt au sens de la Loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne, à moins de bénéficier d'une licence bancaire. Ils ne gèrent pour leurs clients aucun compte d'exécution, à moins de bénéficier d'une autorisation d'exercer l'activité de négociant en valeurs mobilières.

Les gérants de fortune indépendants ne confondent pas les valeurs patrimoniales à eux confiées par leurs clients dans des placements collectifs sans attribution individuelle ni dans des comptes ou dépôts globaux.

Dispositions d'exécution:

35. Est considérée comme acceptation de dépôts la récolte de fonds de clients sur des comptes bancaires ou postaux, lorsque l'attribution aux différents clients est du ressort exclusif du gérant de fortune. Il est par ailleurs licite pour le gérant de fortune de faire transiter par ses propres comptes des versements émanant de ses clients ou des versements qui leur sont destinés.
36. Le mélange de valeurs patrimoniales sur des comptes ou dépôts de négociants en valeurs mobilières ou de banques n'est autorisé que si l'attribution de ces capitaux est effectuée par un négociant en valeurs mobilières autorisé ou par la banque.

Demeurent réservés les instruments de placements collectifs de capitaux.

Art. 10 Avoirs sans nouvelles

Le gérant de fortune indépendant prend des mesures préventives visant à éviter que le contact avec ses clients soit rompu et qu'il résulte des relations d'affaires sans nouvelles.

Lorsque des avoirs sont sans nouvelles, le gérant de fortune indépendant sauvegarde les prétentions des ayants droit. Tout en respectant son obligation de confidentialité, il entreprend les démarches appropriées afin que les avoirs sans nouvelles reviennent à leurs ayants droit.

Dispositions d'exécution:

37. Au sens de l'art. 10 du présent Code de conduite, on entend par:

Nouvelle: toute instruction, communication ou déclaration émanant du client, de son fondé de procuration ou de son héritier, qui provoque une activité du gérant de fortune ou une inscription au dossier;

Absence de nouvelles: l'absence de tout contact et le défaut complet de nouvelles pendant 10 ans, ou la certitude du décès du client, en l'absence d'informations sur ses héritiers.

38. Lors de l'établissement d'une relation d'affaires durable, le gérant de fortune collecte des informations sur les héritiers probables du client.

En cas de refus du client de communiquer ces informations, le gérant de fortune est tenu de l'informer sur les risques liés aux avoirs sans nouvelles.

39. En cas d'avoirs sans nouvelles, le gérant de fortune continue d'exécuter son mandat conformément au contrat.

40. En cas d'avoirs sans nouvelles, le gérant de fortune prend des mesures appropriées afin que le patrimoine revienne aux ayants droit.

Sont en particulier considérées comme des mesures appropriées:

- les recherches effectuées dans des registres publics (p. ex. annuaires téléphoniques, registres du commerce, etc.),
- l'avis donné à la banque dépositaire du client de l'existence chez le gérant de fortune d'un cas d'avoirs sans nouvelles,
- l'information de l'ombudsman institué par l'Association suisse des banquiers conformément à ses Directives relatives au traitement des avoirs (comptes, dépôts et compartiments de coffre-fort auprès de banques suisses lorsque la banque est sans nouvelles du client),



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

- l'information d'organisations étrangères équivalentes, pour autant qu'elles soient soumises à des règles appropriées de confidentialité.

Le gérant de fortune est en droit de réclamer au client ou à ses héritiers une indemnité pour les efforts fournis.

Annexe A: Points à régler dans le contrat écrit de gestion de fortune

Les points suivants constituent un standard minimum à régler dans le contrat écrit de gestion de fortune. Les parties restent libres d'en définir le contenu dans le cadre des dispositions du présent Code de conduite applicables au contrat de gestion de fortune (art. 7 et ses dispositions d'exécution).

1. Désignation exacte des parties
2. Relations bancaires concernées
(dans tous les cas où des valeurs patrimoniales sont déposées auprès d'une banque)
3. Mandat et pouvoirs de gestion des valeurs patrimoniales (y compris l'octroi de la compétence de déléguer des tâches)
 - 3.1 Objectif(s) de placement du client, qui peuvent aussi être consignés dans un procès-verbal d'entretien;
 - 3.2 Monnaie de référence;
 - 3.3 La portée de la gestion discrétionnaire, de la gestion conforme à des directives spécifiques ou à des instructions particulières, lesquelles peuvent également être consignées dans un procès-verbal d'entretien;

En cas de directives spécifiques ou d'instructions particulières, ces dernières doivent être consignées dans le contrat de gestion de fortune ou le procès-verbal d'entretien correspondant selon la structure suivante :

- a. structure du dépôt (proportion des titres de participation, des placements à intérêt fixe, des métaux précieux, etc.);
- b. pays/monnaies/secteurs dont il faut tenir compte dans les placements ou qui doivent être exclus des placements;
- c. engagements maximums par pays/monnaie/secteur;
- d. exigences minimales en matière de qualité et de négociabilité des placements à effectuer;
- e. admissibilité et ampleur du recours permanent à des crédits;
- f. admissibilité et ampleur de transactions à terme ou avec des produits dérivés ou des placements dans des produits financiers hybrides et structurés.

3.4 Exercice du droit de vote

(Pour autant que le gérant de fortune exerce le droit de vote.)

4. Obligation de confidentialité du gérant de fortune
(y c. en ce qui concerne la transmission de données à des auxiliaires et des mandataires)
5. Rapport et reddition des comptes par le gérant de fortune
 - propre évaluation des performances ou reddition des comptes fondée sur les documents bancaires;
 - périodicité;
 - conservation par le gérant de fortune ou envoi au client.
6. Mode de transmission des instructions par le client
 - par écrit, par fax, par téléphone, par e-mail;
 - fardeau du risque en cas d'erreur de transmission.
7. Rémunération du gérant de fortune
 - mode de calcul;
 - échéance;
 - éventuelle autorisation pour le gérant de fortune de prélever ses honoraires directement sur le compte du client;
 - traitement des bonifications de tiers, y c. reddition des comptes.
8. Résiliation du contrat (recommandation)
Il est à noter que les contrats de gestion de fortune conclus conformément au droit suisse sont obligatoirement résiliables en tout temps et sans délai de résiliation.
9. Droit applicable et for (recommandation)
Afin de protéger le client, il est recommandé d'élire le droit suisse et de convenir d'un for en Suisse, au domicile du gérant de fortune.

Annexe B: Instruments de placement en cas de gestion de fortune discrétionnaire

Les instruments de placement énumérés ci-après sont considérés comme instruments de placement habituels en cas de gestion de fortune discrétionnaire. Ils peuvent être utilisés même si le contrat de gestion de fortune écrit ne le prévoit pas expressément. L'utilisation d'autres instruments financiers conformément à une convention dans le contrat de gestion de fortune individuel reste réservée.

1. Placements à terme fixe, placements fiduciaires et prêts de titres (securities lending)

Les placements fiduciaires ne peuvent être effectués qu'avec des contreparties de premier ordre.

Dans le cadre du prêt de titres ("securities lending"), il convient de se prémunir contre le risque de contrepartie par le biais de garanties ou en se limitant à des contreparties de premier-ordre.

2. Métaux précieux, papiers-valeurs et droits-valeurs

Les placements en métaux précieux, en dépôts-espèces et en dépôts-titres effectués sous la forme de papiers-valeurs et de droits-valeurs (p. ex. actions, obligations, notes, dépôts à terme), ainsi que les produits qui en dérivent ou qui en sont des combinaisons (dérivés, produits hybrides, produits structurés, etc.), doivent être aisément négociables. Les critères qui permettent de conclure au caractère aisément négociable sont la cotation auprès d'une bourse autorisée en Suisse ou à l'étranger ou l'existence d'un marché représentatif pour la valeur en question.

Peuvent échapper à cette règle dans une mesure limitée les investissements dans des valeurs reconnues et très répandues auprès des investisseurs qui disposent d'une négociabilité réduite, tels que les obligations de caisse et les produits OTC ("over-the-counter"). Cette dernière exception suppose néanmoins que l'émetteur jouisse d'une solvabilité reconnue et que des cours conformes aux conditions du marché soient disponibles pour lesdits produits.

Les dispositions mentionnées ci-après s'appliquent aux dépôts-espèces et aux dépôts-titres.

3. Instruments de placement collectif

Les investissements dans des instruments de placement collectif (fonds de placement, sociétés d'investissement, portefeuilles internes, Unit Trusts, etc.) sont admis - sous réserve des dispositions relatives aux placements non-traditionnels - pour autant que la fortune de ces instruments soit investie dans des instruments autorisés en vertu de la présente annexe B.

Sont également admis les investissements dans des instruments de placement collectif de capitaux autorisés par la législation suisse ou par les dispositions de l'Union Européenne en matière de distribution

au public, même si ces instruments peuvent, dans une mesure limitée, mettre leurs avoirs en gage et de ce fait générer un effet de levier.

La faculté pour l'investisseur de dénoncer le placement de manière appropriée équivaut au caractère aisément négociable des investissements.

4. Placements non traditionnels

Par placements non-traditionnels, on entend les placements dans les "hedge funds", le "private equity" et l'immobilier. Ces placements ne sont pas nécessairement limités aux placements autorisés par la présente annexe ou à des instruments aisément négociables.

En vue de diversifier l'ensemble du portefeuille, des placements non traditionnels peuvent être effectués pour autant qu'ils soient structurés selon le principe des fonds de fonds ou qu'ils offrent la garantie d'une diversification équivalente. Le caractère aisément négociable et/ou la faculté pour l'investisseur de dénoncer le placement, doivent aussi être garantis dans le cadre des placements non traditionnels.

La diversification correspond au principe des fonds de fonds lorsque les placements sont regroupés dans un seul placement collectif, tout en étant cependant gérés selon le principe "Multi Manager" (gestion du fonds par plusieurs managers travaillant de manière indépendante les uns des autres).

Le membre consigne l'utilisation d'instruments de placements non traditionnels dans un document écrit décrivant la politique d'investissement. Il prend également les mesures organisationnelles nécessaires pour en faire une utilisation judicieuse et professionnelle.

5. Transactions en options standardisées ("traded options")

Les transactions en options sur des titres, devises, métaux précieux, instruments de taux d'intérêt et indices boursiers traités sur un marché organisé et par l'intermédiaire d'un centre de clearing reconnu ne sont autorisées que si elles n'exercent aucun effet de levier sur l'ensemble du portefeuille.

Il n'y a pas d'effet de levier, si le portefeuille:

- fait état, dans le cas de la vente de calls et de l'achat de puts, d'une position de sous-jacents ou, pour autant qu'il s'agisse d'options sur des indices boursiers ou des taux d'intérêt, d'une position correspondante en valeurs qui représentent suffisamment le sous-jacent;
- fait état dès la conclusion, dans le cas de la vente de puts, de liquidités permettant en tout temps d'assumer les engagements découlant du contrat.

Le gérant de fortune doit veiller à ce que le portefeuille du client corresponde à la politique de placement convenue avec lui, même après l'éventuel exercice des droits d'option.

Le dénouement de positions ouvertes de calls et de puts est autorisé à tout moment.

6. Transactions non standardisées en options

Les principes applicables aux transactions standardisés en options sont applicables aux opérations sur des instruments non standardisés, tels que les options OTC ("over-the-counter"), les warrants, les options couvertes, etc. Dans le cas des produits OTC, l'émetteur doit toutefois présenter une solvabilité reconnue et il doit être possible d'obtenir des cours conformes aux conditions du marché pour lesdits produits.

Les options couvertes doivent être spécifiquement agréées par le client, à moins qu'elles s'inscrivent dans les limites de crédit définies par celui-ci.

7. Financial futures

Lors de la vente de "financial futures", une position correspondante en sous-jacents doit exister. S'il s'agit de futures sur des indices boursiers, des devises ou des taux d'intérêt, il suffit que le sous-jacent soit suffisamment représenté.

Lors de l'achat de "financial futures", les liquidités nécessaires doivent être intégralement disponibles dès la conclusion de l'achat.

8. Produits hybrides et structurés

Les investissements effectués dans des produits financiers hybrides et structurés (p. ex. PIP, PEP, GROI, IGLU, VIU ou PERLES) sont autorisés si ces produits financiers ont un profil de risque correspondant à celui de l'un des produits autorisés mentionnés précédemment. Si le profil de risque contient plusieurs niveaux, tous les niveaux de risques doivent correspondre à un produit financier autorisé en vertu de la présente annexe B.

Les options couvertes synthétiques (p. ex. BLOC Warrants, DOCUs ou GOALs) ne sont en l'occurrence pas considérées comme des options couvertes au sens des dispositions ci-dessus.

Dans le cas de produits financiers hybrides et structurés non cotés, l'émetteur doit toutefois jouir d'une solvabilité reconnue et des cours conformes aux conditions du marché doivent être disponibles pour lesdits produits.

Codice deontologico svizzero per l'esercizio della gestione indipendente di patrimoni

Art. 1 Preambolo

- Allo scopo di salvaguardare ed accrescere, in Svizzera come all'estero, la reputazione della categoria professionale dei gestori di patrimoni indipendenti svizzeri,
- con la volontà di offrire un contributo efficace alla tutela degli investitori,
- ed al funzionamento di mercati finanziari integri,
- con l'intenzione di contribuire in modo efficace alla lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo,

l'Associazione Svizzera di Gestori di patrimoni (ASG) - intesa quale associazione di categoria incaricata della salvaguardia degli interessi e della reputazione della categoria professionale - emana il seguente Codice deontologico.

Il Codice deontologico non ha alcun influsso sull'obbligo di segretezza. Esso non può, e non vuole:

- elevare la legislazione estera in materia valutaria, fiscale ed economica a parte integrante del diritto svizzero e dichiararla rilevante per i gestori indipendenti di patrimoni (nella misura in cui ciò non sia già avvenuto mediante i trattati internazionali in vigore e la legislazione svizzera);
- eludere l'attuale prassi giudiziaria nel campo del diritto internazionale;
- modificare i rapporti di diritto civile esistenti tra i gestori indipendenti di patrimoni ed i clienti.

Nel presente Codice deontologico sono formulate in modo vincolante le regole applicabili ad una gestione conforme ai buoni costumi.

Esse mirano a regolare i principi professionali per l'esercizio della gestione patrimoniale indipendente nel senso di una prassi commerciale.

Il presente Codice deontologico è riconosciuto dall'autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari (FINMA) quale norma di comportamento ai sensi dell'art. 6 OICoI. Commercianti di valori mobiliari e gestori patrimoniali di investimenti collettivi di capitale possono applicare il Codice deontologico nell'ambito della gestione patrimoniale individuale quale standard minimo di autoregolamentazione riconosciuto dalla FINMA.

Art. 2 Campo d'applicazione

L'applicabilità del presente Codice deontologico ai soci dell'Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni (ASG) è determinata dagli Statuti dell'associazione.

Il Codice deontologico si applica anche ai soci sottoposti alla vigilanza statale, nella misura in cui le leggi loro applicabili o la loro autorità di vigilanza non determinino altri obblighi aggiuntivi.

Qualora gestori di patrimoni non affiliati all'Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni (ASG) dovessero fare capo al presente Codice deontologico, essi sono tenuti a rispettarlo. La corretta applicazione del Codice deontologico deve soggiacere ad un sistema di controllo e sanzioni adeguato. Per il resto, tali gestori di patrimoni non sono in alcun modo autorizzati a qualificarsi come appartenenti oppure affiliati all'ASG.

Da un punto di vista materiale questo Codice deontologico si applica alla prestazione di servizi finanziari, segnatamente alla gestione di patrimoni, alla consulenza nel campo finanziario e alla pianificazione finanziaria.

Art. 3 Indipendenza della gestione di patrimoni

Il gestore indipendente di patrimoni esercita la propria professione liberamente e sotto la propria responsabilità. Nell'ambito della sua attività professionale, egli s'impegna a consigliare il cliente in tutte le questioni di carattere finanziario e patrimoniale. Egli è pienamente e costantemente cosciente del fatto che il suo agire può rivestire un'importanza decisiva ai fini dell'esistenza economica del cliente da lui assistito.

Il gestore indipendente di patrimoni tutela gli interessi dei suoi clienti in conformità al presente Codice deontologico.

Norme d'applicazione:

1. Sono considerati indipendenti i gestori di patrimoni che dispongono, nell'ambito della prestazione dei propri servizi, di tutta la libertà necessaria a decidere gli investimenti ed a determinare con i propri clienti la politica di investimento e ciò malgrado un'eventuale partecipazione maggioritaria detenuta da terzi. I gestori indipendenti di patrimoni non devono essere vincolati da obblighi di esclusività nel campo delle prestazioni e dei prodotti finanziari, a meno che ciò non risulti da una cooperazione trasparente tra società di un medesimo gruppo a favore dei propri clienti.
2. L'indipendenza della gestione di patrimoni esige che
 - le transazioni avvengano nell'interesse del cliente e, in particolare, non venga commesso alcun churning;

- transazioni dove gli interessi del cliente sono in conflitto con quelli del gestore di patrimoni siano condotte in modo tale da escludere svantaggi per il cliente;
 - il gestore di patrimoni adotti misure organizzative adeguate alle proprie dimensioni e struttura al fine di evitare l'insorgere di conflitti d'interesse, in particolare mediante la suddivisione delle competenze, la limitazione del flusso interno di informazioni ed altre misure, segnatamente nell'ambito della remunerazione del personale incaricato della gestione patrimoniale;
 - il cliente venga informato sull'esistenza di conflitti d'interesse non evitabili attraverso adeguate misure organizzative.
3. Il gestore di patrimoni adotta appropriate direttive in merito alle sue operazioni per proprio conto nonché a quelle dei suoi collaboratori che sono a conoscenza delle transazioni pianificate o eseguite per conto del cliente, al fine di evitare benefici patrimoniali attraverso comportamenti illeciti (cfr. norma d'applicazione Nr. 9). Egli può generalmente autorizzare transazioni che, sulla base del loro volume, non sono atte ad influenzare i corsi.
4. Il gestore di patrimoni consiglia ai propri clienti banche e commercianti di valori mobiliari che complessivamente garantiscono la migliore esecuzione degli ordini in termini di pricing, tempistica e di volumi ("best execution") e che presentino una sufficiente solidità finanziaria.
5. L'indipendenza della gestione di patrimoni esige inoltre che
- in caso di operazioni che esigono conoscenze specifiche sia richiesto il parere di specialisti;
 - venga presa in considerazione la situazione patrimoniale globale del cliente, allo scopo di poterlo consigliare al meglio nella scelta della politica di investimento.

Qualora il cliente non intenda fornire informazioni circa la sua situazione patrimoniale globale, lo stesso deve essere informato adeguatamente sugli eventuali rischi particolari derivanti da questo comportamento. L'art. 6 si applica per analogia.

Art. 4 Tutela e promozione dell'integrità del mercato

Il gestore indipendente di patrimoni riconosce l'importanza dell'integrità e della trasparenza dei mercati finanziari. Quale attore del mercato egli si attiene al principio della buona fede e si astiene da qualsiasi atto capace di nuocere ad una formazione dei prezzi trasparente e conforme al mercato. Egli non svolge operazioni di investimento o attività che provocano un'illecita manipolazione dei corsi.

Norme d'applicazione:

6. Il gestore di patrimoni effettua transazioni su valori mobiliari sulla base di informazioni di pubblico dominio o accessibili al pubblico o sulla base di informazioni che derivano da esse. Tutte le altre informazioni sono da ritenersi confidenziali. L'impiego abusivo di informazioni confidenziali atte a influenzare il corso è inammissibile.

In questo contesto le informazioni sono

atte a influenzare il corso quando influenzano in maniera considerevole la quotazione o il corso di borsa del valore mobiliare in questione;

accessibili al pubblico, quando vengono pubblicate o diffuse dai media o attraverso gli usuali canali d'informazione finanziaria;

di pubblico dominio, quando vengono trasmesse a terzi dall'emittente con l'intento di renderle accessibili al pubblico.

7. Il gestore di patrimoni divulga informazioni atte a influenzare il corso solo se è convinto, in buona fede, della loro correttezza.

I gestori di patrimoni che pubblicano regolarmente analisi finanziarie, consigli finanziari e d'investimento relativi a determinati valori mobiliari, si astengono dall'effettuare transazioni riguardanti suddetti valori (inclusi strumenti derivati) dall'inizio dell'elaborazione delle suddette analisi finanziarie fino alla loro pubblicazione. Questo vale sia per transazioni eseguite per conto proprio sia per conto terzi, laddove il gestore dispone di discrezionalità riguardo ai valori amministrati.

Sono da considerarsi analisi finanziarie, consigli finanziari e d'investimento, le pubblicazioni nelle quali vengono consigliati determinati valori mobiliari in base al monitoraggio e l'interpretazione di dati e informazioni aziendali relativi un determinato emittente. Non sono analisi finanziarie le pubblicazioni che si basano su analisi tecniche di chart oppure non si riferiscono ad un determinato emittente, bensì a settori rispettivamente a paesi.

8. È vietato lo sfruttamento di ordini del cliente per eseguire operazioni per conto proprio prima, parallelamente o immediatamente dopo ("front-, parallel- o afterrunning"). Sono considerati ordini del cliente anche quelle transazioni che vengono effettuate nel quadro di una gestione di patrimoni discrezionale. Resta riservato l'esplicito consenso del cliente.

9. Ordini concernenti transazioni di valori mobiliari per conto proprio e per conto di terzi devono avere una giustificazione economica e corrispondere ad un meccanismo effettivo di domanda e d'offerta. Transazioni fittizie, segnatamente quelli aventi lo scopo di manipolare liquidità o prezzi, sono inammissibili.
10. Il gestore di patrimoni informa i propri clienti sugli obblighi di informazione delle partecipazioni derivanti dalla legge federale sulle borse e il commercio di valori mobiliari (Legge sulle borse), nella misura in cui, sulla base dei patrimoni da lui gestiti, sussistano indizi circa l'esistenza di un tale obbligo di dichiarazione.
Il gestore di patrimoni che, sulla base di mandati di gestione patrimoniale con potere discrezionale, può esercitare il diritto di voto per più clienti, sottostà all'obbligo di dichiarazione previsto della Legge sulle borse qualora ne siano adempiute le relative condizioni legali. Per il calcolo dei diritti di voto, egli prende in considerazione i diritti di voto esercitabili sulla scorta della procura conferitagli e del contratto di gestione patrimoniale.
Qualora il gestore di patrimoni coordini l'esercizio del diritto di voto di più clienti, senza essere autorizzato all'esercizio dello stesso, egli deve ossequiare in proprio all'obbligo di dichiarazione.

Art. 5 Garanzia di un'attività irreprezibibile

Il gestore indipendente di patrimoni provvede affinché tutte le persone attive nella prestazione di servizi adempiano ai requisiti professionali e personali richiesti per l'esercizio dei loro compiti. Il gestore indipendente di patrimoni è tenuto a garantire un'organizzazione adeguata della propria attività.

Il gestore indipendente di patrimoni assicura alla propria azienda una adeguata stabilità finanziaria.

Il gestore indipendente di patrimoni si impegna, nell'ambito della sua attività, a prevenire e lottare efficacemente contro il riciclaggio di denaro ed il finanziamento del terrorismo.

Norme d'applicazione:

11. L'organizzazione del gestore di patrimoni deve essere adeguata alle dimensioni della sua attività ed ai rischi generati per i clienti (patrimonio gestito, strategia d'investimento impiegata e prodotti scelti), al corretto funzionamento dei mercati finanziari come pure alla buona reputazione della categoria professionale e della piazza finanziaria svizzera.

Egli assicura che gli investimenti effettuati concordino in permanenza con gli obiettivi e le restrizioni d'investimento. Le strategie d'investimento impiegate e la loro conformità agli obiettivi d'investimento del cliente sono controllate periodicamente. Nella misura in cui le strategie d'investimento lo permettano, il gestore di patrimoni assicura una ripartizione adeguata dei rischi.

12. Il gestore di patrimoni adotta le disposizioni necessarie ad assicurare alla clientela la perennità dei propri servizi. Qualora egli non disponga al suo interno di persone suscettibili di sostituire l'unico gestore in caso

di decesso o di incapacità del medesimo, egli deve predisporre la ripresa delle proprie attività da parte di un altro gestore patrimoniale oppure di una banca, informando nel contempo la propria clientela dell'esistenza di tali disposizioni.

13. Il gestore di patrimoni esercita la gestione dei valori patrimoniali depositati in banca sulla scorta di una procura limitata ai soli atti amministrativi.

Qualora egli sia incaricato di fornire servizi che richiedano poteri di rappresentanza più ampi, egli è tenuto a documentare in modo appropriato i fondamenti nonché l'esercizio di tali attività.

Resta salva l'attività in qualità di organo in seno ad una persona giuridica o un'entità patrimoniale indipendente (in particolare fondazioni), come pure l'attività di trustee.

14. La responsabilità propria del gestore di patrimoni esige che egli e le persone da lui impiegate si aggiornino permanentemente in tutti i settori della loro attività professionale, partecipando a corsi di perfezionamento, seminari di aggiornamento e procedendo alla formazione individuale. Egli è tenuto ad osservare le prescrizioni specifiche in materia di istruzione nei settori della prevenzione e della lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo.

15. Il gestore di patrimoni soggiace, per quanto attiene alla prevenzione e alla lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo, alle specifiche normative della propria autorità di vigilanza o dell'organismo di autodisciplina riconosciuto.

Per soci attivi dell'ASG affiliati all'organismo di autodisciplina valgono le disposizioni contenute nel Regolamento sulla prevenzione e la lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo.

16. Qualora venga incaricata un'altra impresa (prestatore di servizi) di assicurare in modo indipendente e durevole una prestazione di servizio essenziale per il gestore di patrimoni (esternalizzazione di campi di attività, outsourcing), quest'ultimo è tenuto a osservare i seguenti principi:

- la delega di prestazioni di servizio deve avvenire nell'interesse del cliente.
- Il prestatore di servizi deve essere scelto, istruito e sorvegliato diligentemente. La scelta del prestatore deve avvenire in seguito ad un'attenta considerazione e analisi delle sue capacità. Egli deve inoltre garantire una fornitura di prestazioni sicura e permanente.
- L'esternalizzazione dei servizi avviene sempre sotto la responsabilità del gestore di patrimoni.
- Dev'essere assicurato il rispetto degli obblighi di confidenzialità di cui all'art. 8 come pure delle relative norme di applicazione.

- L'esternalizzazione dev'essere regolata attraverso contratti in forma scritta che definiscano chiaramente i compiti del prestatore di servizi.
- Durante il controllo relativo all'osservanza di questo Codice deontologico deve essere garantito alle unità preposte a tale verifica l'accesso alla documentazione ed ai sistemi tecnici del prestatore di servizi.

Sono considerate esternalizzazioni di campi di attività segnatamente:

- a) l'assistenza al cliente attraverso società e persone esterne (altre società, collaboratori indipendenti e agenti);
- b) la delega della gestione di patrimoni del cliente attraverso il conferimento di una sub-procura;
- c) l'esternalizzazione dell'analisi finanziaria, dell'allestimento di proposte di investimento così come di esempi di portafogli ad un solo prestatore di servizi;
- d) l'espletamento di compiti di compliance, in particolare nel campo della prevenzione e della lotta contro il riciclaggio di denaro e del finanziamento del terrorismo;
- e) l'esternalizzazione di sistemi di elaborazione dati contenenti dati rilevanti dei clienti (p.es. la gestione esterna di banche dati e sistemi d'informazione riguardanti il patrimonio del cliente oppure sistemi di trasmissione di ordini gestiti da terzi);
- f) la custodia di atti aziendali presso locali che non appartengono al gestore di patrimoni o che non sono presi in locazione da quest'ultimo. Restano salve le prescrizioni in materia di prevenzione del riciclaggio di denaro di finanziamento del terrorismo.

Nel caso di esternalizzazione di compiti giusta le lett. a)-c), il prestatore deve rispettare delle regole di condotta equiparabili a quelle che il gestore di patrimoni deve ottemperare.

Non sono considerate esternalizzazioni di campi di attività:

- a) l'esternalizzazione della contabilità finanziaria del gestore di patrimoni;
- b) la creazione e la gestione di succursali dipendenti dalla sede centrale in Svizzera oppure all'estero;
- c) il coinvolgimento di specialisti per la strutturazione del patrimonio a titolo individuale nonché nel campo della consulenza legale e fiscale;
- d) l'utilizzo di sistemi di elaborazione dati delle banche depositarie del cliente per la trasmissione di ordini ed il controllo della loro esecuzione, per il controllo della custodia come pure per l'acquisizione di informazioni finanziarie;

- e) l'hosting di siti web senza dati riguardanti i clienti;
- f) la manutenzione (inclusa la manutenzione a distanza) dei sistemi di elaborazione dati.

Nel caso di esternalizzazione di campi di attività, i commercianti di valori mobiliari rispettano la Circ.-FINMA 08/7 "esternalizzazione di campi di attività nel settore bancario", mentre le direzioni dei fondi nonché le SICAV la Circ.-FINMA 08/37 "Delega da parte della direzione e della SICAV".

- 17. Il gestore di patrimoni ossequia gli obblighi legali di tenuta della contabilità. Egli dota la sua società con sufficienti mezzi finanziari ed equilibra bilanci deficitari in tempo utile con mezzi finanziari supplementari.
- 18. Il gestore di patrimoni documenta le operazioni effettuate in modo tale da permettere alle autorità competenti e agli Organismi di autodisciplina, rispettivamente agli organi di controllo nominati dagli stessi, di appurare l'osservanza del presente Codice deontologico.

Art. 6 Obbligo d'informazione

Il gestore indipendente di patrimoni è tenuto ad informare i suoi clienti circa

- a) la propria società e i servizi offerti, nonché la sua autorizzazione a prestare tali servizi;
- b) i rischi particolari legati alle prestazioni di servizio convenute;
- c) il suo compenso, compresi i benefici patrimoniali derivanti da prestazioni finanziarie di terzi.

Norme d'applicazione:

- 19. L'obbligo di informazione può essere adempiuto in funzione dell'esperienza e delle conoscenze in materia del cliente.

Nel caso di clienti professionali il gestore di patrimoni può presupporre che le informazioni ai sensi della let. a) e b) dell'art. 6 siano conosciute.

Sono considerati clienti professionali: banche, commercianti di valori mobiliari, direzioni di fondi, società di assicurazione, corporazioni di diritto pubblico, istituti di previdenza professionale come pure persone giuridiche con una tesoreria professionale.

- 20. Il gestore di patrimoni è tenuto, in occasione dell'avvio di una relazione d'affari, ad informare i suoi clienti riguardo la propria società, la sua sede, i mezzi di comunicazione mediante i quali il cliente può comunicare col gestore di patrimoni, come pure riguardo le regole vigenti per l'esercizio della professione. Egli informa i suoi clienti sui servizi offerti e le loro sostanziali caratteristiche (ad. es. la gestione di valori patri-

moniali depositati in banca, la consulenza agli investimenti, la distribuzione di prodotti finanziari, la scelta delle controparti nell'ambito dell'esecuzione di transazioni su valori mobiliari).

Se il gestore di patrimoni delega tutto o in parte la gestione ad un terzo attraverso il conferimento di una sub-procura, egli deve informare il cliente.

Egli informa i clienti circa eventuali mutamenti di queste informazioni come pure in merito a cambiamenti importanti intervenuti in seno al personale, all'organizzazione aziendale, alla struttura giuridica oppure ai rapporti di partecipazione, che toccano direttamente i clienti.

21. Il gestore di patrimoni indica in modo chiaro le comunicazioni di marketing, nella misura in cui esse non siano facilmente riconoscibili come tali.
22. Nell'informativa relativa ai servizi offerti ed ai rischi legati a tali prestazioni, il gestore di patrimoni può partire dal presupposto che ogni cliente conosca i rischi normalmente correlati all'acquisto, alla vendita e alla detenzione di valori mobiliari. Ne fanno parte segnatamente i rischi d'insolvenza e di corso delle azioni, delle obbligazioni e degli investimenti collettivi di capitale che investono nei rispettivi valori mobiliari. L'obbligo di informazione si riferisce pertanto ai fattori di rischio che superano questi rischi di natura generale nel caso di operazioni con un potenziale di rischio superiore (p.es. derivati, securities lending) o con un profilo di rischio complesso (p.es. prodotti strutturati),.

Per quelle operazioni il cui potenziale di rischio supera la misura abitualmente correlata all'acquisto, alla vendita e alla detenzione di titoli, il gestore di patrimoni può adempiere al proprio obbligo d'informazione in modo standardizzato (ad. es. attraverso appositi opuscoli informativi sul rischio) o individuale. Qualora la banca depositaria abbia già informato il cliente riguardo a tali rischi, il gestore di patrimoni non è tenuto a ripetere tale informativa.

Qualora il gestore di patrimoni opti per l'informazione in modo individuale, egli deve stabilire, con la diligenza richiesta dalle circostanze, l'esperienza del cliente nella materia e basare l'informazione su questi accertamenti.

23. Il gestore di patrimoni non ha alcun obbligo di informare sui rischi di determinate operazioni qualora il cliente confermi, per mezzo di separata dichiarazione scritta, di essere a conoscenza dei rischi di tali operazioni, le quali devono essere indicate in modo esatto, e di rinunciare a informazioni supplementari.

Una tale dichiarazione scritta rilasciata dal cliente alla banca depositaria non ha valenza anche per il gestore di patrimoni.

24. Se il cliente richiede la prestazione di un servizio, per il quale il gestore di patrimoni non dispone delle conoscenze necessarie, egli deve rendere attento il cliente di tale circostanza.

Qualora il gestore di patrimoni non volesse informare il cliente di tale circostanza, egli deve rifiutare di prestare il servizio richiesto.

Resta riservato il coinvolgimento di specialisti competenti.

25. Il gestore di patrimoni informa i suoi clienti riguardo al suo onorario. Egli informa inoltre i clienti di tutte le prestazioni finanziarie percepite da terzi in relazione ai servizi considerati, indipendentemente dalla loro base legale, e rende attento sui conflitti di interesse legati a tali prestazioni.

Il gestore di patrimoni informa il cliente qualora mediante tali prestazioni finanziarie rispettivamente mediante un onorario complessivo vengano remunerati servizi di marketing e altri servizi.

Nella misura in cui tali future prestazioni patrimoniali non siano quantificabili in modo preciso oppure non si riferiscano specificatamente ad una determinata relazione d'affari, il cliente deve essere informato sulla loro provenienza come pure sulle modalità di base secondo cui sono state calcolate.

Su richiesta del cliente, il gestore di patrimoni lo informa sulle prestazioni ricevute da terzi nella misura in cui le stesse possano essere ricondotte ad una specifica relazione di affari, senza che ciò causi un dispendio di tempo sproporzionato.

Art. 7 Contratto di gestione patrimoniale

Il gestore patrimoniale indipendente stipula con i propri clienti un contratto di gestione patrimoniale in forma scritta.

Il contratto in forma scritta

- determina l'estensione del mandato,
- definisce gli obiettivi d'investimento, la politica strategica d'investimento rispettivamente l'allocazione del patrimonio ed eventuali restrizioni in materia d'investimento,
- descrive il tipo, la periodicità e l'estensione del rapporto e del rendiconto, e
- fissa l'ammontare e la base di calcolo dell'onorario per l'esercizio del mandato.

Norme d'applicazione:

26. L'obbligo di concludere un contratto di gestione patrimoniale sussiste solo in presenza di una procura che abilita a disporre del capitale di terzi (procura amministrativa o procura generale).

Le relazioni d'affari che hanno esclusivamente per oggetto prestazioni di servizi di consulenza non necessitano di un contratto in forma scritta.

Per la distribuzione di quote di fondi di investimento collettivo o di prodotti assicurativi devono essere inoltre osservate le relative disposizioni del diritto federale.

27. I punti da regolamentare per iscritto nel contratto di gestione patrimoniale sono enumerati nell'Allegato B.
28. Se il contratto prevede una gestione discrezionale, occorre limitarsi ad effettuare le operazioni descritte nell'allegato C.

Il margine di discrezione del gestore di patrimoni può altresì essere limitato mediante specifiche direttive in relazione ai punti giusta l'allegato B, cifra 3.3.

Nell'esercizio del proprio potere discrezionale il gestore di patrimoni evita i rischi legati ad una concentrazione inusuale su un numero troppo ristretto di investimenti.

29. Le istruzioni del cliente che non sono oggetto di regolamentazione nel contratto di gestione di patrimoniale, devono essere documentate in maniera adeguata per iscritto oppure elettronicamente.
30. Il gestore di patrimoni conviene con i suoi clienti, nel contratto di gestione patrimoniale, se ed in che misura le prestazioni finanziarie percepite che si trovano in un legame diretto con i servizi da lui forniti, debbano essere riversate al cliente.

Il contratto di gestione patrimoniale stabilisce inoltre se ed in che misura su tali prestazioni debba essere fornito al cliente un particolare rendiconto.

31. L'onorario del gestore di patrimoni per i suoi servizi è da concordare con il cliente per iscritto e può variare in funzione del volume dei valori patrimoniali gestiti e della mole di lavoro necessaria per rendere il servizio richiesto. Il metodo di calcolo degli onorari deve essere indicato in modo chiaro e senza ambiguità. La retribuzione per la gestione di valori patrimoniali depositati in banca sottostà alle seguenti direttive:
 - onorario di gestione pari al massimo all'1,5% p.a. sugli attivi gestiti; oppure
 - onorario proporzionato al successo, pari al massimo al 20% dell'aumento della sostanza netta, ovverosia dell'aumento del valore tenendo conto dei versamenti e dei prelievi, come pure delle perdite latenti. Da dedurre sono i passivi riportati, ovverosia perdite di periodi precedenti che non sono già state compensate con utili; oppure

- onorario di gestione, pari al massimo all'1% p.a., e onorario proporzionato al successo pari al massimo al 10%, in caso di combinazione dei due sistemi precedenti.

Sono inoltre consentiti modelli di calcolo dell'onorario che, tenendo in considerazione la durata media prevista di una relazione d'affari, portino ad un onorario che si situa in questo ordine.

Qualora il gestore di patrimoni fornisca ulteriori prestazioni, egli è autorizzato a fatturare le medesime separatamente ed al prezzo concordato.

In caso di strategie d'investimento inabituali e dispendiose, ci si può discostare dai sopraccitati principi di remunerazione. Lo scostamento dev'essere in ogni caso menzionato nel contratto di gestione patrimoniale. Il cliente deve essere informato su motivi e sull'estensione della deroga ai principi di remunerazione.

32. Se il gestore di patrimoni allestisce proprie analisi di performance per i suoi clienti, egli deve attenersi agli standard internazionali riconosciuti per quanto riguarda il metodo di calcolo, il periodo di calcolo opportuno (p.es. 1, 3 e 5 anni rispettivamente dall'assunzione del mandato) come pure eventuali scelte di indici di comparazione (benchmarks).

Egli ragguaglia spontaneamente sugli scostamenti dagli Standard utilizzati nell'ambito del rendiconto.

Se il rendiconto si fonda unicamente sui conteggi preparati dalla banca depositaria, il gestore di patrimoni è tenuto a informare il cliente che il proprio onorario non è indicato quale costo e che di conseguenza la performance potrebbe eventualmente essere riportata in modo distorto a sfavore del medesimo.

Art. 8 Riservatezza

Nell'ambito delle leggi e del presente Codice deontologico, i gestori patrimoniali indipendenti sono tenuti a mantenere un'assoluta riservatezza in merito a tutte le informazioni di cui vengono a conoscenza nell'esercizio della loro attività.

Norme d'applicazione:

33. Il gestore di patrimoni deve garantire, in caso di coinvolgimento di terzi nella prestazione di servizi e in caso di trasferimento di compiti a terzi, che questi rispettino l'obbligo di riservatezza nella stessa misura cui egli è astretto. Il terzo si deve espressamente obbligare a garantire la confidenzialità.

In caso di coinvolgimento di terzi nella prestazione di servizi o in caso di trasferimento di compiti a terzi, il gestore di patrimoni deve inoltre assicurarsi che questi utilizzino ed elaborino i dati personali dei clienti unicamente come egli stesso farebbe e che vengano rispettati gli obblighi di segretezza legali e contrattuali. Il terzo si deve espressamente obbligare a garantire anche questi aspetti.

34. Il gestore di patrimoni predispone adeguate misure tecniche e organizzative in guisa di salvaguardare i dati personali a lui affidati.

Art. 9 Operazioni d'investimento non autorizzate

I gestori indipendenti di patrimoni non prendono in consegna dai loro clienti depositi ai sensi della Legge federale sulle banche e le casse di risparmio, a meno che essi non dispongano della relativa autorizzazione all'esercizio dell'attività bancaria. Essi non tengono conti di esecuzione per conto dei clienti, a meno che non dispongano di un'autorizzazione come commerciante di valori mobiliari.

I gestori indipendenti di patrimoni non mescolano beni loro affidati dai clienti in patrimoni collettivi non separati oppure su conti o depositi collettivi.

Norme d'applicazione:

35. Come accettazione di depositi è considerata anche la raccolta di fondi di clienti su conti bancari o postali, in cui l'attribuzione ai differenti clienti viene effettuata esclusivamente dal gestore di patrimoni. Il gestore di patrimoni è autorizzato per contro a far transitare sui propri conti i versamenti da e per i suoi clienti.
36. È ammesso mescolare valori patrimoniali di clienti su conti/depositi di commercianti di valori mobiliari e banche, solamente se l'attribuzione di questi capitali è effettuata da un commerciante di valori mobiliari autorizzato oppure tramite una banca.

Restano riservati gli strumenti di investimento collettivo di capitale.

Art. 10 Averi senza notizie

Il gestore indipendente di patrimoni predispone misure preventive finalizzate ad evitare l'interruzione del contatto con i propri clienti e dunque il manifestarsi di relazioni di affari senza notizie.

Il gestore indipendente di patrimoni salvaguarda i diritti degli aventi diritto in caso di assenza di notizie. Nel rispetto dell'obbligo di riservatezza egli intraprende i passi necessari per far pervenire gli averi senza notizie agli aventi diritto.

Norme d'applicazione:

37. Ai sensi dell'art. 10 del presente Codice deontologico si considera:

Notizia: qualsiasi istruzione, comunicazione e dichiarazione impartita dal cliente, rispettivamente dal suo procuratore o dal suo successore legale, che genera un'operazione d'affari per il gestore di patrimoni o riscontrabile negli atti.

Mancanza di notizie: l'assenza di qualsiasi contatto, la mancanza assoluta di notizie durante 10 anni, la certezza del decesso del cliente senza informazioni riguardo al suo successore legale.

38. Al momento dell'apertura di una relazione d'affari duratura, il gestore di patrimoni raccoglie informazioni sui successori legali del cliente.

Se il cliente preferisce non dare informazioni al riguardo, il gestore di patrimoni deve renderlo attento sui rischi legati alla mancanza di notizie.

39. In caso di mancanza di notizie, il gestore di patrimoni è tenuto a perseguire il suo mandato secondo contratto.

40. In caso di mancanza di notizie, il gestore di patrimoni adotta misure adeguate finalizzate a far pervenire gli averi agli aventi diritto.

Sono considerate misure adeguate segnatamente:

- La ricerca nei registri pubblici come ad. es. annuari telefonici , registri di commercio, ecc.
- L'avviso da parte del gestore di patrimoni alla banca depositaria del cliente della sopraggiunta mancanza di notizie.
- L'avviso dell'Ombudsman istituito dall'Associazione Svizzera dei Banchieri ai sensi delle Direttive relative alla gestione degli averi senza notizie (conti, depositi e cassette di sicurezza) presso le banche Svizzere.
- L'avviso a corrispondenti organizzazioni estere, nella misura in cui esse soggiacciono ad adeguate regole in materia di riservatezza.

Il gestore di patrimoni è autorizzato a chiedere al cliente rispettivamente al suo successore legale un rimborso adeguato per le spese causate dalle ricerche.

Allegato A: Aspetti da regolamentare nel contratto di gestione patrimoniale in forma scritta

I seguenti punti costituiscono lo standard minimo per quanto attiene al contenuto del contratto di gestione patrimoniale in forma scritta. Nel quadro delle disposizioni applicabili al contratto di gestione patrimoniale (art. 7 e rispettive norme di applicazione), le parti restano libere nell'allestimento del contenuto.

1. Esatta designazione delle parti
2. Estremi della/delle relazione/i bancaria/e in questione
(sempre nel caso di valori patrimoniali depositati presso banche)
3. Mandato e procura per la gestione dei valori patrimoniali (inclusa l'autorizzazione a delegare delle attività)
 - 3.1 Obiettivi d'investimento del cliente, che possono anche essere annotati in un verbale di colloquio;
 - 3.2 Valuta di riferimento;
 - 3.3 Ampiezza della gestione discrezionale, conforme a direttive specifiche o ad istruzioni particolari, ritenuto che le direttive specifiche possono anche essere annotate in un verbale di colloquio;

Qualora siano state definite direttive specifiche o istruzioni speciali, le stesse devono essere suddivise nel mandato di gestione di patrimoni oppure in un apposito verbale di colloquio secondo i criteri seguenti:
 - a. struttura del deposito (proporzione dei titoli azionari, investimenti a reddito fisso, metalli preziosi ecc.);
 - b. paesi/valute/settore dei quali si deve tenere conto nell'investimento, oppure le esclusioni previste;
 - c. impegni massimi per paese/valuta/settore;
 - d. requisiti minimi sulla qualità e negoziabilità degli investimenti da eseguire;
 - e. ammissibilità e volume dell'impiego permanente di crediti;
 - f. ammissibilità e volume di transazioni a termine e transazioni con derivati o investimenti in prodotti finanziari ibridi e strutturati.
 - 3.4 Esercizio del diritto di voto;

(Qualora il gestore patrimoniale debba esercitare i diritti di voto)
4. L'obbligo di riservatezza del gestore di patrimoni
(inclusi l'inoltro di dati a personale ausiliario e mandatari)

5. Rapporto e rendiconto da parte del gestore di patrimoni

- proprie analisi di rendimento (valutazioni) oppure rendiconti su base di documenti bancari;
- periodicità;
- conservazione tramite il gestore di patrimoni o comunicazione al cliente.

6. Modalità di trasmissione delle istruzioni da parte del cliente

- per iscritto, per fax, per telefono, per e-mail;
- assunzione dei rischi in caso di errore nella comunicazione.

7. Remunerazione del gestore di patrimoni

- modalità di calcolo;
- scadenza;
- eventuale autorizzazione del gestore di patrimoni ad addebitare direttamente il suo onorario;
- trattamento di prestazioni finanziarie ricevute da terzi, incluso il rendiconto.

8. Rescissione del contratto (consigliato)

Si rileva che i contratti di gestione di patrimoni, conclusi in conformità alla legge Svizzera, devono obbligatoriamente poter essere rescissi in qualsiasi momento e senza preavviso

9. Scelta della legislazione e del foro competente (consigliato)

Per proteggere il cliente si raccomanda di sottomettersi alle disposizioni legali svizzere e di convenire, quale foro, la sede del gestore di patrimoni.

Allegato B: Strumenti d'investimento nel caso di gestione patrimoniale discrezionale

Per strumenti ordinari della gestione patrimoniale discrezionale si intendono i seguenti strumenti di investimento. Si può far capo a tali strumenti anche qualora il contratto di gestione patrimoniale in forma scritta non ne preveda esplicitamente l'utilizzo. Resta riservato l'utilizzo d'altri strumenti finanziari in forza di uno specifico accordo contenuto nel contratto di gestione patrimoniale.

1. Investimenti a termine, fiduciari e securities lending

Gli investimenti a titolo fiduciario possono essere effettuati unicamente con controparti di primo ordine.

Nel caso di prestito di titoli (securities lending) ad una controparte che non è di primo ordine, il rischio di controparte deve essere assicurato per mezzo di garanzie.

2. Metalli preziosi, titoli e diritti su titoli

Investimenti patrimoniali in metalli preziosi, collocamenti sui mercati monetari e dei capitali sotto forma di carte valori o diritti valori (ad. es. azioni, obbligazioni, "notes", crediti contabili) e di strumenti finanziari da essi derivati (segnatamente derivati, prodotti finanziari ibridi o strutturati) devono essere facilmente negoziabili, ovvero sia devono essere quotati in una borsa autorizzata in Svizzera o all'estero, oppure deve esistere un loro mercato rappresentativo.

In deroga a tale norma, è possibile effettuare, in un volume limitato, investimenti in carte valori e diritti valori riconosciuti e largamente diffusi nel settore degli investimenti, ma con negoziabilità limitata. Tali valori sono per esempio le obbligazioni di cassa e i prodotti OTC (over-the-counter). Nel caso di prodotti OTC l'emittente deve godere d'una buona solvibilità ed i prodotti devono essere negoziabili ad una quotazione conforme al mercato.

3. Strumenti di investimento collettivo

Gli investimenti in strumenti di investimento collettivo (fondi di investimento, società d'investimento, portafogli collettivi interni della banca, Unit Trusts ecc.) sono – con riserva delle disposizioni concernenti gli investimenti non tradizionali – ammessi, nella misura in cui tali strumenti di investimento a loro volta investano in strumenti autorizzati in virtù del presente Allegato B.

Sono altresì permessi investimenti in strumenti di investimento collettivo di capitali che possono essere distribuiti al pubblico in conformità alla legge svizzera o alle disposizioni dell'Unione Europea. Questo anche se in volume limitato impegnano i loro averi e quindi possono, quale conseguenza, generare un effetto leva sul loro patrimonio.

Alla facile negoziabilità è equiparata, nel caso di strumenti d'investimento collettivo, un'adeguata possibilità di disdetta da parte dell'investitore.

4. Investimenti non tradizionali

Per investimenti non tradizionali si intendono gli «hedge funds», il «private equity» e gli immobili. Questi tipi di investimento non si limitano necessariamente agli strumenti ammissibili giusta il presente Allegato C e/o a strumenti facilmente negoziabili.

Per la diversificazione dell'insieme del portafoglio possono essere effettuati investimenti non tradizionali qualora essi siano strutturati secondo il principio «fund of funds» o offrano altrimenti garanzia di una diversificazione equivalente. La facile negoziabilità, rispettivamente l'adeguata possibilità di disdetta, dev'essere garantita anche nell'ambito di investimenti non tradizionali.

Una diversificazione equivalente al principio «fund of funds» è data quando l'investimento è concentrato in un unico strumento collettivo, ma è gestito secondo il principio «Multi Manager» (gestione del fondo tramite più manager che lavorano indipendentemente l'uno dall'altro).

Il socio stabilisce il ricorso a investimenti non tradizionali in un documento scritto regolante la politica d'investimento e adotta le misure organizzative adeguate per una loro messa in atto diligente e professionale.

5. Transazioni su opzioni standardizzate (traded options)

Transazioni con opzioni su titoli, valute, metalli preziosi, strumenti di tasso d'interesse e indici di borsa trattati su un mercato organizzato ed eseguite per il tramite di una stanza di compensazione riconosciuta (clearing) sono consentite a condizione che non esercitino un effetto leva sul portafoglio complessivo.

Non effetto leva, se il portafoglio:

- nel caso di vendita di calls e dell'acquisto di puts presenta una posizione di valori di base, oppure, se si tratta di opzioni su indici di borsa o su tassi d'interesse, presenta una posizione equivalente che rappresenta sufficientemente il valore di base;
- nel caso di vendita di puts, già alla conclusione presenta una liquidità che permetta di far fronte ad ogni momento agli obblighi che derivano dal contratto.

Il gestore di patrimoni deve prestare attenzione acciocché la composizione del portafoglio del cliente rispetti la politica d'investimento stipulata con il medesimo anche dopo un eventuale esercizio delle opzioni.

La chiusura di posizioni aperte calls e puts è ammessa in ogni momento.

6. Strumenti d'opzioni non standardizzate

I principi applicabili per transazioni su opzioni standardizzate valgono anche per transazioni sugli strumenti d'opzione non standardizzati come opzioni OTC (over-the-counter), warrants, covered warrants. Nel caso di prodotti OTC, l'emittente deve tuttavia godere d'una buona solvibilità e per i prodotti dev'essere possibile ottenere una quotazione conforme al mercato.

Le operazioni «stillhalter» possono essere effettuate solo dietro espressa autorizzazione del cliente, qualora le stesse non rientrino nel limite di credito concesso dal cliente.

7. Financial Futures

Per la vendita di «financial futures» e richiesta una posizione equivalente in attivi di base. Se si tratta di «futures» su indici azionari, su divise o su tassi d'interesse, basta che gli attivi di base siano sufficientemente rappresentati.

Per l'acquisto di «financial futures» la liquidità necessaria deve essere disponibile per intero già al momento dell'acquisto.

8. Prodotti ibridi e strutturati

L'investimento in prodotti ibridi e strutturati (p.e. PIP, PEP, GROI, IGLU, VIU o PERLES) è possibile, se il prodotto finanziario corrisponde, sotto l'aspetto del rischio, a uno dei citati prodotti regolamentati. Se il profilo del rischio è a più livelli, tutti i livelli di rischio devono corrispondere ad un prodotto finanziario autorizzato dal presente Annesso B.

Le operazioni «stillhalter» sintetiche (p.e. BLOC Warrants, DOCUs o GOAL's) non sono considerate come operazioni «stillhalter» nel senso delle disposizioni precedenti.

Nel caso di prodotti finanziari ibridi e strutturati non quotati, l'emittente deve godere di una solvibilità riconosciuta e per i prodotti dev'essere possibile ottenere le quotazioni in conformità al mercato.